

Vereint für eine sozialistische Industriepolitik Klassenkampf und Solidarität



ConnAct Saar
kommunistisch feministisch antifaschistisch

Erste Auflage: Mai 2024

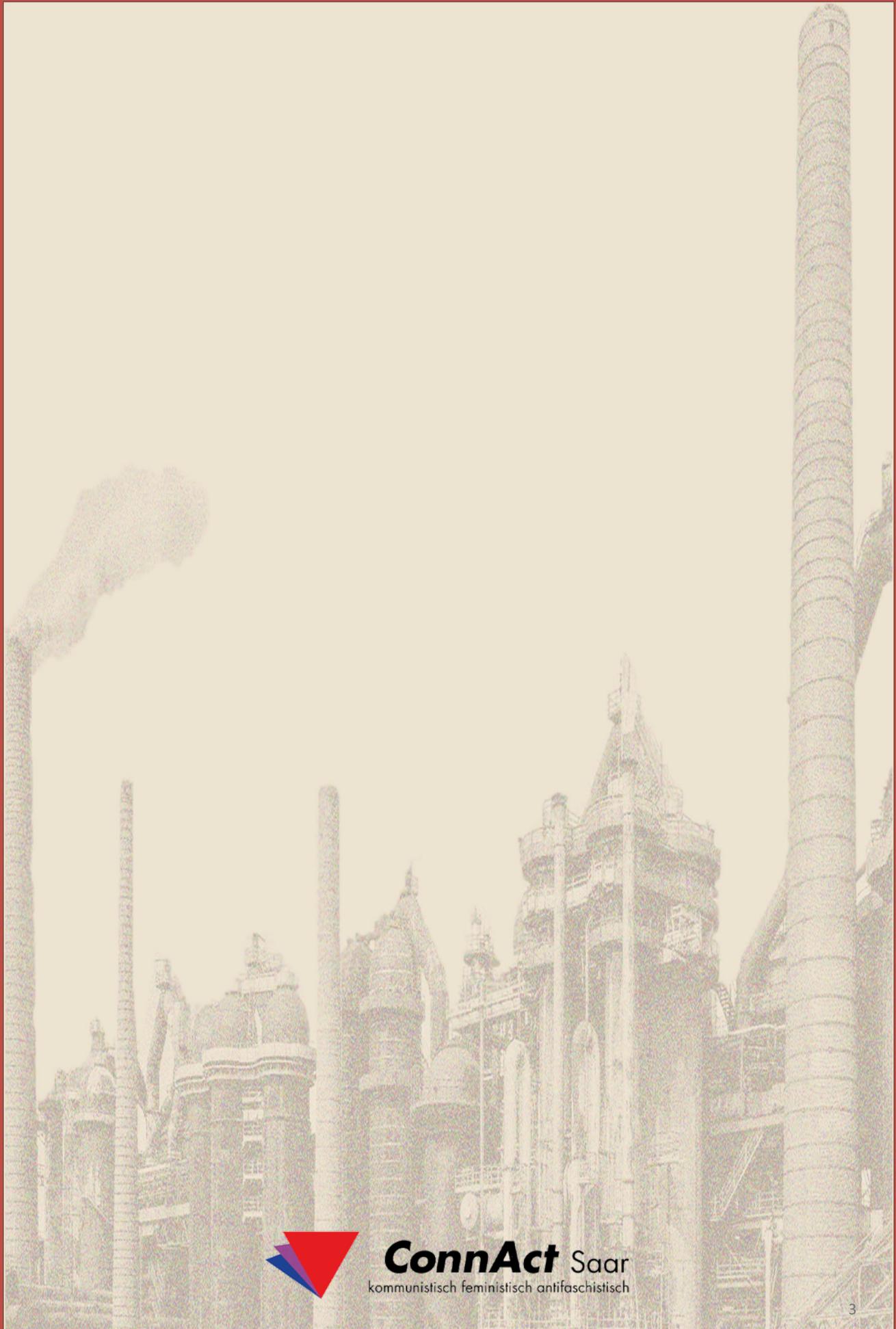


ConnAct Saar ist eine politische Gruppe aus Saarbrücken, welche auf kommunistischer, feministischer und antifaschistischer Grundlage arbeitet.

<https://connact-saar.org/>



ConnAct Saar
kommunistisch feministisch antifaschistisch



ConnAct Saar
kommunistisch feministisch antifaschistisch

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Der Kapitalismus und der Zustand der saarländischen Industrie.....	8
Gegen das Patriarchat! Gegen die Spaltung der Werk tätigen.....	18
Der Klassenfeind bei der Arbeit - Anmerkungen zur Verteilungsfrage.....	22
Die Klimafrage ist eine Lebensfrage der Werk tätigen: Sozialismus ist die Antwort!.....	30

Die Quellen unserer Texte sind auf unserer Webseite zu finden:
<https://connect-saar.org/>

Vorwort

„Vereint für eine sozialistische Industriepolitik. Klassenkampf und Solidarität.“ – unter diesem Motto rief 2024 ConnAct Saar zu einem revolutionären und klassenkämpferischen Block innerhalb der Maidemonstration des DGB 2024 in Saarbrücken auf. Zu diesem Anlass entstand die erste Auflage dieser Zeitschrift, die sich mit den Themen Feminismus, Verteilungsfrage und Klimaschutz unter dem Oberthema Industriepolitik beschäftigt. Um eine kommunistische Kritik der gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland, Saarland und der kapitalistischen Welt zu formulieren ist ein Verständnis eben jener Verhältnisse unerlässlich. Die vorliegende Schrift soll dazu einen Beitrag liefern und eines unmissverständlich klar machen:

Der Ausweg aus der kapitalistischen Krise kann nur Revolution und Sozialismus heißen! Grundvoraussetzung dafür ist die Vereinigung der Werktätigen im Kampf gegen das Kapital und seinen Staat.

Ein erster Ausblick auf den Inhalt der Zeitschrift bietet unsere Rede zum 1. Mai 2024:

„ Kolleginnen und Kollegen! Genossinnen und Genossen!

Unser Block ist nicht gegen die, die dort drüben mitgehen, wir sind zusammen hier! Wir treten ein für die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter – konsequent! Und weil wir konsequent für die Interessen der Arbeiter_innenklasse eintreten, können wir nicht für Gewerkschaftsarbeit sein, die nur aus Tarifverhandlungen und schlechten Kompromissen besteht, die uns auch noch als Siege verkauft werden!

Die Gewerkschaften müssen endlich wieder aus dem Käfig der angeblichen Sozialpartnerschaft ausbrechen! Was ist daran partnerschaftlich, wenn die Unternehmen weiterhin riesige Profite einfahren und unser Lohn von der Inflation gefressen wird? Was ist daran partnerschaftlich, wenn die Gewerkschaften nur kopfnickend der Abwicklung der großen Industriebetriebe zusehen? Wir müssen endlich realisieren, dass es für die Arbeiter:innenklasse keine gerechten Kompromisse mit den Interessen des Kapitals geben kann!

Im Saarland wurden in den letzten zehn Jahren über 10000 Industriearbeitsplätze abgebaut. Es würde sich einfach nicht mehr rechnen, hört man oft. Diese Rationalität ist aber eine ausbeuterische: gemeint ist nämlich, dass es sich nicht mehr rechnet, hier zu den Bedingungen zu produzieren, die wir und die früheren Arbeiter_innen erkämpft haben. Stattdessen wird die Produktion in Länder verlagert, wo die Arbeiter_innenklasse noch einfacher unterdrückt werden kann. Lasst euch nicht einreden, dass sich die Bosse um eure Standorte scheren. Damit wollen sie Wut auf die ausländischen Belegschaften schüren und die Politik zu sogenannten Transformationsfonds drängen. Die Kolleginnen und Kollegen im Ausland sind nicht schuld an der Misere. Sie unterliegen genauso der Willkür des Kapitals. Sie sind eure und unsere Brüder und Schwestern im Geiste und wir müssen unsere Kämpfe gemeinsam und international führen. Die letzten Jahre zeigen: im Zweifel wird der Betrieb schneller geschlossen, als Lindner „Lust auf Überstunde“ sagen kann. Und wem kommen die Transformationsfonds zugute? Nicht die Lohnabhängigen können entscheiden, was mit den Milliardenbeträgen geschieht, sondern die Vorstände und Aktiengesellschaften.

Viele Betriebe sollen auf E-Mobilität umstellen. Individualverkehr, also E-Autos, können nicht die langfristige Lösung sein. Die Produktivkraft wird verschwendet für Autos, deren Rohstoffe aus dem schlimmsten neokolonialen Raubbau stammen und die sich kaum wer leisten kann. In unser aller Interesse liegt doch, dass es endlich einen umfangreichen und bestenfalls kostenlosen öffentlichen Nah- und Fernverkehr gibt. Das ist Klimaschutz pur und er gehört in Arbeiter_innenhände!

Klimaschutz und Industrie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Effektiver Klimaschutz geht nur mit einer Industrie, die umweltverträglich jene Dinge produziert, die dafür notwendig sind. Die Industrie hat nur eine Zukunft, wenn sie zum Erhalt von Klima und Natur beiträgt. Wenn wir sagen, dass die Betriebe eine Zukunft haben, meinen wir eine demokratische und solidarische Zukunft. Läuft es weiter nach den Regeln des Kapitalismus, wird es früher oder später keine lebenswerte Zukunft mehr geben. Wir meinen nicht nur den wichtigen Umweltschutz. Es geht vor allem darum, dass die Arbeitskraft nicht für irgendwelche Kapitalinteressen verschwendet wird. Sie muss planvoll so eingesetzt werden, dass die Sachen produziert werden, die die Gesellschaft wirklich braucht.

Lohnarbeit ist ein System der Ausbeutung und Unterdrückung. Und die gibt es immer noch, auch hier: Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch weniger als Männer, weil sie oft in schlechter bezahlten Branchen arbeiten. Frauen sind auch häufiger prekär in befristeten Arbeitsverhältnissen oder in Teilzeit beschäftigt, da sie immer noch die Familienlast und Sorgearbeit tragen. Wir fordern: gleicher Lohn für gleiche Arbeit – und zwar in allen Branchen! Frauen müssen komplett gleichgestellt mit ihren männlichen Kollegen sein. Dabei reicht kein Umdenken allein oder ein von der Chefetage ausgerufenes Equality day. Es braucht tatsächliche Verbesserungen: z. B. kostenlose Kindergarten- und Hortplätze für alle, am besten in jedem Betrieb. Erst wenn Frauen und Männer gleichberechtigte Werk tätige sind, können die Betriebe eine solidarische Zukunft erreichen. Und das muss unser Ziel in allen Branchen sein!

Das betrifft umso mehr die migrantischen Kollegen und vor allem Kolleginnen. Wer keinen deutschen Pass hat, muss erniedrigende Leih- und Zwangsarbeitjobs annehmen. Die großen Gewerkschaften müssen endlich ihrer Verantwortung gerecht werden und auch für diese Kolleg_innen einstehen. Für uns ist es nicht wichtig, wer welchen Pass hat. Damit die migrantischen Kolleg_innen eine Gleichberechtigung erreichen, müssen fortschrittliche Organisationen der migrantischen Community unterstützt werden. Wir sind: Gegen Zuwanderungsgesetze, gegen die Festung Europa und gegen das Verbot von ausländischen demokratischen und revolutionären Organisationen. Weg mit dem Verbot der PKK!

Wichtig ist, dass wir Schulter an Schulter stehen, denn wir alle gehören zur werktätigen Bevölkerung. Als diese müssen wir für unsere gemeinsamen Interessen eintreten. Wir wollen eine befreite Gesellschaft erreichen. Und die Freiheit, die wir meinen, heißt: Kommunismus. Denn die angebliche Demokratie, in der wir leben, macht doch Politik, die vor allem wenige Reiche begünstigt. Das, was die Politik seit jeher im Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiter gemacht hat, wurde immer erkämpft. Lasst euch nicht einreden, dass sowas wie der 8 h Tag, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Streikrecht nette Ideen der bürgerlichen Parteien waren. Sie wurden vom Proletariat erkämpft, welches die bürgerliche Politik so sehr unter Druck setzte, dass sie einlenken musste. Steht man nicht immer wieder für diese Fortschritte ein, werden sie zurückgenommen. Ob FDP, CDU, Grüne oder SPD – am Ende waren und sind sie immer wieder Arbeiter_innenverräter.

Das ist keine Plattitüde: gerade in den letzten Monaten hört man doch immer wieder Sachen wie: man soll mehr arbeiten, Geflüchtete sollen zur Arbeit gezwungen werden, Arbeitslose sollen am besten gar kein Arbeitslosengeld mehr bekommen. Warum sind sie denn arbeitslos? Wer feuert denn tausende Leute und bekommt weiterhin Boni und Rendite? Warum werden Geflüchtete abgeschoben, anstatt ihnen eine vernünftige Lohnarbeit zu ermöglichen? Was da bei Lanz und im Bundestag gegefirt wird, ist ein verbaler Mittelfinger unserer Klasse gegenüber.

Das ist alles Teil der rechten Diskursverschiebung der letzten Jahre. Das ist eine Verrohung, die seit Jahrzehnten anhält. Sie soll bewirken, dass die Leute lieber nach unten treten, anstatt sich zusammenzuschließen und die tatsächlichen Problemursachen zu erkennen. Dieses Klima ließ und lässt auch die AfD erstarren. Sie nutzt die rechte Arbeitsideologie der anderen Parteien – die Arbeit um der Arbeit willen propagiert – und treibt sie weiter. Die AfD tut so, als würde sie das Interesse der Arbeiter_innenklasse im Sinn haben. Dabei sind sie die größten Arbeiter_innenverräter von allen: ihre faschistische Arbeitsideologie will eine komplett enthemmte Ausbeutung. Die Lüge von der Volks- und Betriebsgemeinschaft soll dabei verschleiern, dass sie für ihre Diktatur eine völlig entgrenzte Diktatur des Kapitals anstreben. Faschisten raus aus den Betrieben, Gewerkschaften, Parlamenten und staatlichen Institutionen!

Arbeiterinnen und Arbeiter! Ihr seht, nur wenn wir unsere Geschicke selbst in die Hand nehmen, ist eine lebenswerte Zukunft möglich. Ihr seid die, die die Produkte in den Betrieben herstellen, nicht die Bosse. Ihr solltet also auch die Kontrolle darüber haben, was mit den Betrieben geschieht! Das wäre wirklich demokratisch. Wir dürfen uns nicht spalten lassen, egal, welcher Pass, welches Geschlecht, welcher Job. Umgekehrt haben wir nichts gemeinsam mit den Ausbeutern: wir sind nicht Volk, sondern Klasse! Das heißt, wir brauchen zuerst umfangreiche Mitbestimmung in den Betrieben und können darauf aufbauend eine Umverteilung von oben nach unten erkämpfen, wir brauchen Enteignung und Vergesellschaftung. Letztlich brauchen wir Revolution und Sozialismus, um uns gemeinsam eine kommunistische Produktionsweise erkämpfen zu können.

Nur so können wir eine solidarische, klimafreundliche und zukunftsträchtige Industrie erhalten.“

Der Kapitalismus und der Zustand der saarländischen Industrie

Ob bei Ford, ZF, Saarstahl, Halberg Guss, Bosch, Eberspächer, Schäffler oder Michelin - im Saarland sind in den letzten Jahren über 10.000 Industriearbeitsplätze verloren gegangen. Das lohne sich einfach nicht mehr, hieß es oft. Auch jetzt stehen wieder tausende Arbeitsplätze in der saarländischen Industrie vor dem Aus! Kleine und große Zulieferer werden in den Ruin getrieben. Die Monopole lassen die Belegschaften weltweit um die schlechtesten Arbeitsbedingungen konkurrieren.

Das Beispiel Ford ist nicht das einzige. Auch der Reifenhersteller Michelin hat seine Beschäftigten in Homburg über Umstrukturierungen informiert: Bis Ende 2025 soll die Fabrikation von LKW-Reifen sowie Halbfabrikaten schrittweise eingestellt werden; rund 800 Arbeiter_innen werden auf die Straße gesetzt. Bei ZF in Saarbrücken wird seit Jahren über den Abbau von Arbeitsplätzen diskutiert.

Zwar gilt dort für die knapp 10.000 Beschäftigten eine Standortvereinbarung bis Ende 2025, aber seit der Betriebsversammlung im November 2023 heißt es, dass bis 2030 über 7.000 Arbeiter_innen weniger gebraucht werden.

Wo diese in Zukunft arbeiten und wie die Menschen in Lohn und Brot kommen sollen, steht in den Sternen. Weltweit befindet sich die Automobilindustrie in Transformationsprozessen, was im „Autoland Saarland“ zu einer Abschreibung dieser Selbstbeschreibung führt.

Landespolitik, Wirtschaft und auch Gewerkschaften schieben sich gegenseitig

die Verantwortung zu. „Die Entscheidungen werden in Detroit getroffen“, heißt es allenthalben. Externe Zwänge wie Klimawandel, staatliche Überregulierung, Abhängigkeiten durch Just-in-Time-Produktion und Rohstofflieferungen oder Kostendruck durch ausländische Standorte seien ohnehin nicht beeinflussbar. Für die Arbeiter_innen ist das das einzige Mittel der Wahl: Gemeinsam für den Standort!

Diese Binsenweisheiten sind nie ganz falsch, aber aus dem Munde derer, die weltweit die kapitalistische Produktionsweise und die Herrschaft der Bourgeoisie ausüben und verteidigen, werden sie zu Lügen der Ausbeuter, um ihre überlebte Ordnung aufrechtzuerhalten.

Der Grund der Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Industrie: Die kapitalistische Produktionsweise!

Gegenüber sozialdemokratischen / gewerkschaftlichen Führern im Saarland und bundesweit, die gerade am 1. Mai oder in anderen Sonntagsreden in anti-amerikanischer und antisemitischer Manier den Kapitalismus in Gestalt von „raffenden“ Hedgefonds oder „verantwortungslosen“ US-Konzernen anprangern, ist festzuhalten, was die kapitalistische Produktionsweise ausmacht:

Im Kapitalismus nimmt die Warenproduktion einen vorherrschenden und allgemeinen Charakter an. Die Arbeitskraft selbst wird zur Ware. Im Kapitalismus ist die Arbeit des Arbeiters ein Prozess der Konsumtion der Ware Arbeitskraft durch den Kapitalisten, in dem der Kapitalist Mehrwert aus dem Arbeiter herauspresst

Zwei grundlegende Besonderheiten kennzeichnen den Arbeitsprozess unter kapitalistischen Bedingungen. Erstens arbeitet der Arbeiter unter der Kontrolle des Kapitalisten, dem seine Arbeit gehört. Zweitens gehört diesem nicht nur die Arbeitskraft, sondern auch das Produkt dieser Arbeit.

Das unmittelbare Ziel der kapitalistischen Produktion ist die Produktion von Mehrwert. Folglich ist produktive Arbeit im Kapitalismus nur die Arbeit, die Mehrwert schafft.

Den Kapitalismus charakterisierend, schrieb Marx: „Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser Produktionsweise.“. Vor diesem Hintergrund gibt es nun einige konkrete Widersprüche des modernen Kapitalismus, die die Situation in der saarländischen Industrie erklären:

Der erste Grund dafür, dass sich massenhaft Arbeitskraft im Saarland für das Monopolkapital nicht mehr rechnet, sind die unter dem Stichwort Dekarbonisierung - hier vor allem die Umstellung vom Verbrennungs- auf den Elektromotor - laufenden Umstellungen in der Automobilindustrie. Hier gibt es zwei Treiber: Zum einen die staatsmonopolistische Regulierung vor dem Hintergrund der durch den kapitalistischen Raubbau an der Natur verursachten Klimakatastrophe in Form von UN-Klimaabkommen, EU-Richtlinien oder nationaler Gesetzgebung. Zum anderen der Aufstieg Chinas vom Arbeitskräfteanhängsel der imperialistischen Staaten zum Hochtechnologieland mit eigener Elektroautoindustrie samt staatlicher Zulassungs- und Industriepolitik. Vor allem deutsche Monopole exportierten längst abgeschriebene Produktionslinien zur lukrativen Zweitverwertung in die Volksrepublik. Diese fördert die elektrische Antriebswende massiv mit Subventionen und baut eigene Konzerne und Industriezweige im Land auf. Alle Versuche, chinesische Konzerne trotz Joint Ventures durch Produkt- und Patentrechte am Aufbau einer eigenen Industrie zu hindern, sind gescheitert. Die Produktivitätsvorsprünge der deutschen Monopole exportierten längst abgeschriebene Produktionslinien zur lukrativen Zweitverwertung in die Volksrepublik. Diese fördert die elektrische Antriebswende massiv mit

Subventionen und baut eigene Konzerne und Industriezweige im Land auf. Alle Versuche, chinesische Konzerne trotz Joint Ventures durch Produkt- und Patentrechte am Aufbau einer eigenen Industrie zu hindern, sind gescheitert. Die Produktivitätsvorsprünge der deutschen Monopole gegenüber ihren Konkurrenten bezogen sich auf den Verbrennungsmotor, dessen Absatz durch die massive staatliche Förderung von Elektrofahrzeugen in China massiv bedroht ist. Die Schrumpfung des Marktes ist ein zentrales Merkmal der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die hier vor allem das Flaggschiff des deutschen Imperialismus - die deutschen Automobilmonopole - trifft, die dann vor allem die untergeordneten Zulieferer in den Ruin treiben, da diese im Monopolkapitalismus den Produktionsketten zugeordnet sind. Seit der Absatzkrise 2019, lange vor der Corona-Pandemie, wurden die chronischen Überkapazitäten durch Kurzarbeit überbrückt - auch im Saarland. Die Arbeitslosenkassen wurden vom Staat der Monopole zweckentfremdet, um das Kapital vor Lohnzahlungen, sprich Profitverlusten, zu bewahren.

Kurzarbeit war der Vorläufer von Entlassungen.

Hinzu kommt, dass Elektroautos deutlich weniger Bauteile haben als Verbrennerautos und daher weniger Produktionsaufwand erfordern. Weniger Produktionsaufwand durch technischen Fortschritt schlägt sich im Kapitalismus aber nicht in sozialem Fortschritt (z.B.: weniger Belastung oder mehr Freizeit bzw. Arbeitszeitverkürzung) nieder, sondern stürzt tausende Beschäftigte und ihre Familien in Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, teilweise Perspektivlosigkeit und Armut - gerade auch im Saarland: Hier hängen laut einer Studie von IW Consult und Fraunhofer IAO 4,9% der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie vom traditionellen Antriebsstrang ab - bundesweit der höchste Anteil (Baden-Württemberg folgt auf Platz 2 mit 1,4%; Bund: 0,8%). Auf der anderen Seite steigt die Ausbeutung derjenigen, deren Arbeitskraft weiterhin vom Kapital genutzt wird. Aus gesellschaftlicher Sicht ist der Einsatz von Maschinen vorteilhaft, weil er die Arbeit erleichtert und Arbeitszeit einspart. Die Maschinenteknik bietet große Möglichei-

ten, die Arbeit so zu gestalten, dass sie zu einer Tätigkeit wird, bei der der Arbeiter seine geistigen Fähigkeiten einsetzt und schöpferisch anwendet. Die kapitalistische Anwendung der Maschine führt jedoch dazu, dass der Arbeiter zum Anhängsel der Maschine wird. Ihm bleibt nur noch die stupide und anstrengende körperliche Arbeit. Geistige Arbeit hingegen wird zum Privileg einer besonderen Gruppe von Menschen: Ingenieure, Techniker, Wissenschaftler. Die kapitalistische Indiennahme der Wissenschaft im Produktionsprozess trennt sie von der Arbeit und degradiert sie zur Dienerin des Kapitals. Marx schreibt, dass „die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert.“

Was für eine wahnsinnige Vergeudung an menschlichen Fähigkeiten und Arbeitskraft, welche das Privateigentum an Produktionsmitteln innerhalb und außerhalb der Fabriken organisieren!

Dies beweist zum einen das Schulsystem, welches nach eben jenem Bedarf vorsortiert als auch die Arbeitsteilung im Kapitalismus. Dass technische Innovation im Kapitalismus eine Zumutung für die Arbeiter_innen darstellt, zeigen auch die Digitalisierungs- und Automatisierungsschübe in der Kfz-Industrie - sowohl was die Produktionsprozesse als auch die Produkte selbst angeht. Digitalisierung und Automatisierung haben im Kapitalismus genau den oben skizzierten ambivalenten Charakter. Im Produktionsprozess selbst führen Digitalisierung und Automatisierung zu weiterer kapitalistischer Rationalisierung, Flexibilisierung und Überwachung - einhergehend mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Die Möglichkeiten der massenhaften Datenverarbeitung dienen als Instrument der Prozessoptimierung. Diese Effizienz stellt sich für die Beschäftigten nicht als Entlastung, sondern als Verdichtung ihrer Arbeit dar.

Die Vernetzung von Maschinen, Produkten, Werkstücken über das „Internet der Dinge“ führt zu weiteren

Kooperationen zwischen OEMs, Zulieferern und Händlern. Die Möglichkeit der Automatisierung des Produktionsprozesses erspart anstrengende körperliche Arbeit in der Fabrik und verstärkt die Unterordnung des Arbeiters unter die Maschine, da die notwendige Arbeitskraft in Form der Überwachung der weitgehend automatisierten Produktion aufgewendet werden muss. Dem müssen sich auch die Arbeitszeiten und das Privatleben anpassen. Auch die Arbeiter_innen, die in den direkten industriellen Produktionsprozess eingebunden sind, verändern sich: Während körperliche Arbeit in den imperialistischen Zentren immer weniger zum Einsatz kommt, werden die „Solo-Selbständigen“ IT-Arbeiter_innen qua outgesourcter Einzelaufgaben zunehmend Teil des industriellen Produktionsprozesses, was zu einer Industrialisierung geistiger Arbeit und damit zu einer Neuformierung des Proletariats führt.

Auf der Produktebene nimmt die Zahl der vernetzten Kommunikationsschnittstellen im Auto bereits seit Jahren zu, so dass die digitalen Anforderungen an das Auto deutlich steigen. („Smartphonisierung“ des Autos) Für die überwiegende Mehrheit der Automobilunternehmen gehört die Digitalisierung auf dieser Ebene nicht zu den Kernkompetenzen. In der Folge drängen zunehmend große Technologie- und Digitalkonzerne sowie neue Player in den Automobilmarkt und erobern Marktanteile. Hier findet auch ein harter Wettbewerb des industriellen Kapitals statt, das sich nicht zur verlängerten Werkbank und zum Zulieferer der IT-Monopolisten degradieren lassen will. So sieht auch der BDI die größte Gefahr darin, zum Hardwarelieferanten degradiert zu werden, die Kontrolle über den Produktionsprozess zu verlieren, während die IT-Konzerne das neue Machtzentrum darstellen und die Profite an sich ziehen. Diese Konkurrenz der Monopole nimmt vor allem auch die Form des Kampfes des deutschen Imperialismus gegen seinen Hauptkonkurrenten USA an. Kampfinstrument ist hier vor allem die staatsmonopolistische Regulierung der EU. Die antiamerikanische Förderung eigener IT-Unternehmen bzw. der IT-Produkte deutscher Industriekonzerne läuft vor allem

unter dem Schlagwort „Datensicherheit“. Die Dominanz von US-Monopolen in anderen IT-Bereichen konnte auf dem Terrain der Verschmelzung von industriellem und digitalem Fortschritt verhindert werden. Einzelne, vormals mehr oder weniger eigenständige Industriezweige wandeln sich mit der Digitalisierung zu einer ganzen Reihe von miteinander vernetzten und voneinander abhängigen Industrien. Die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion erfolgt jedoch im Interesse einer kleinen Zahl von Privatunternehmern, die ihre Profite steigern wollen.

Der Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit von Millionen ist das Privateigentum der Kapitalisten.

Die Produktion hat gesellschaftlichen Charakter, während das Eigentum an den Produktionsmitteln privatkapitalistisches Eigentum ist. Der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter des Produktionsprozesses und der privatkapitalistischen Form der Aneignung ist der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise. Die privatkapitalistische Aneignung vollzieht sich vor unseren Augen im schärfsten Konkurrenzkampf der Monopole, der die sich entwickelnde Kooperation und Vernetzung auf der Grundlage der Digitalisierung immer wieder sprengt.

Die Entwicklung der Produktivkräfte drängt zum Sozialismus.

Ein weiterer Grund für den Abbau von Industrie in den kapitalistischen Zentren ist der Kapitalismus in seiner momentanen Phase der Krisenentwicklung. Der Kapitalismus hat seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts ein neues Akkumulationsregime herausgebildet. Hintergrund der Entwicklungen, welche häufig als "neoliberale" oder "finanzmarktgetriebene" Variante des Kapitalismus gefasst werden, ist jedoch keine ideologische Fehlleistung der neoliberalen Politiker sondern eine Phase der strukturellen Überakkumulation und damit einhergehenden Verwertungskrise des fungierenden Kapitals selbst. Ausdruck der strukturellen Überakkumulation ist die Aufblähung und scheinbare Entkopplung des Finanzsektors von der "Realwirtschaft". Auf der Grundlage eines hoch entwickelten Kreditsystems konnte die Akkumulation von fiktivem Kapital auf Grundlage der neoliberalen Deregulierungen neues Wachstum generieren und die Krise scheinbar

überwinden. Gemäß der Marxschen Analyse, dass kapitalistische Krisenlösungen die Krisenhaftigkeit nur auf höherer Ebene reproduzieren wurden schon in den 1980er Jahren die Grundlagen einer Finanzkrise ausgeprägt, welche dann in der Krise 2007ff. ausbrach. Der Ausdruck der strukturellen Überakkumulation, das Wachstum und die relative Verselbstständigung des fiktiven Kapitals als Überbau verhindert tendenziell die Erholung fungierenden Kapitals: Der Finanzsektor absorbiert durch die Bildung von Spekulationsblasen kapitalistischen Reichtum, welcher nicht mehr in fungierendes Kapital investiert. Dieses postfordistische Akkumulationsregime steht jedoch selbst seit der Krise 2007ff. vor der Ablösung. Die Geldkapitalakkumulation führte selbst zu Spekulationsblasen, welche letztlich zum Zusammenbruch des gesamten Kreditsystems geführt hätte. Dieser konnte nur durch die Flutung der Finanzmärkte durch Zentralbankgeld verhindert werden. Die letzte große Krise des Kapitals wurde also nicht - anders als 1930ff. - gelöst durch Kapitalvernichtung und Entwertung durch Depression und Krieg, sondern aufgeschoben. Die Akteure des Kapitalismus simulieren also Prosperität und schieben damit die Krise auf. Die staatlich garantierte Liquidität des Bankensystems verhinderte den Zusammenbruch, schob die eigentlichen Probleme nur auf. Die Verwertung des zinstragenden Kapitals kann in letzter Instanz nur durch einen neuen krisenbereinigten Konjunkturzyklus des fungierenden Kapitals gelöst werden. Nach einer kurzen Erholung der auf die Finanzkrise folgende Wirtschaftskrise zeichnete sich schon 2019 die nächste Überproduktionskrise ab, welche sich hauptsächlich in einer Absatzkrise des Automobilkapitals bemerkbar machte. Auch eine weitere Geldkrise wurde durch die Flutung der Geldmärkte durch Zentralbankgeld gerade so verhindert, nachdem sich einige Großbanken aus dem US-Repomarkt zurückzogen. Schon vor Corona und Krieg - nämlich im September 2019 - liquiditierten die Notenbanken in einer konzertierten Aktion die Geldmärkte. Befeuert aber also nicht ausgelöst wurden diese Krisenentwicklung durch Pandemie, Klimawandel und Krieg. Das 2023 mit staatsmonopolistischen vorläufig unter

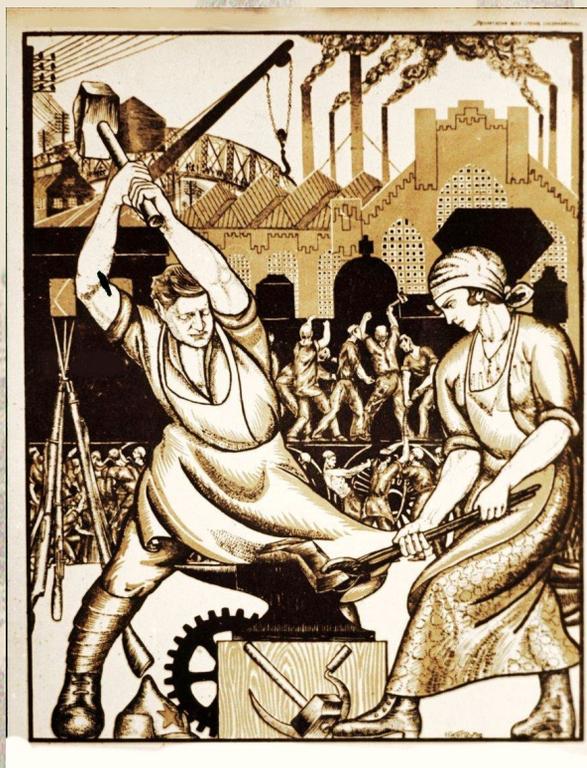
Kontrolle gebrachte Bankenbeben war ein weiteres Indiz.

Die multiplen Krisenschübe der allgemeinen Krise des Kapitals verdichten sich also zu einer historischen Situation in dem das alte Akkumulationsregime nur durch massive staatliche Eingriffe am Leben gehalten werden kann. Die Herausbildung eines neuen Regimes jedoch dadurch verschleppt wird. Gegenläufige Tendenzen zur Überakkumulationskrise wie die Erschließung neuer Märkte durch den Wegfall des Ostblocks und die Öffnung Chinas, der industrielle Zyklus der Mikroelektronik und Automation sowie die Bindung kapitalistischen Reichtums in den Finanzmärkten sind ausgeschöpft. Die massive Verschärfung der Ungleichheit durch die Investition in "Vermögenswerte", welche die Überproduktionskrise verschleppte, schlägt nun in Form einer Geldkrise immer wieder zurück. In der momentanen Phase, der nicht gelösten Krise verschärfen sich die zwischen-imperialistischen Widersprüche zu verschiedenen Stellvertreterkriegen, welche innerhalb dieses Großkontextes jeweils einen spezifischen Charakter annehmen können und die Gefahr eines neuen Weltkriegs in sich tragen (In welchen Bündniskonstellationen ist hierbei noch offen).

Faschismus und Krieg als Krisen-lösung werden zur realistischen Option. Bei Beibehaltung des Privat-eigentums an Produktionsmittel wird sich die Krise weiter verschärfen.

Sie ist keine ideologische Fehlleistung der neoliberalen Politiker sondern eine Phase der strukturellen Überakkumulation und damit einhergehenden Verwertungskrise des fungierenden Kapitals selbst. Ausdruck der strukturellen Überakkumulation ist die Aufblähung und scheinbare Entkopplung des Finanzsektors von der "Realwirtschaft". Auf der Grundlage eines hoch entwickelten Kreditsystems konnte die Akkumulation von fiktiven Kapital auf Grundlage der neoliberalen Deregulierungen neues Wachstum generieren und die Krise scheinbar überwinden. Gemäß der Marxschen Analyse, dass kapitalistische Krisenlösungen die Krisenhaftigkeit nur auf höherer Ebene reproduzieren wurden schon in den 1980er Jahren die Grundlagen einer Finanzkrise ausgeprägt, welche dann in der Krise 2007ff. ausbrachen. Der Ausdruck der strukturellen Überakkumulation, das Wachstum und die relative

Verselbstständigung des fiktiven Kapitals als Überbau verhindert tendenziell die Erholung fungierenden Kapitals: Der Finanzsektor absorbiert durch die Bildung von Spekulationsblasen kapitalistischen Reichtum, welcher nicht mehr in fungierendes Kapital investiert. Dieses postfordistische Akkumulations-regime steht jedoch selbst seit der Krise 2007ff. vor der Ablösung. Die Geldkapitalakkumulation führte selbst zu Spekulationsblasen, welche letztlich zum Zusammenbruch des gesamten Kreditsystems geführt hätte. Dieser konnte nur durch die Flutung der Finanzmärkte durch Zentralbankgeld verhindert werden. Die letzte große Krise des Kapitals wurde also nicht - anders als 1930ff. - gelöst durch Kapitalvernichtung und Entwertung durch Depression und Krieg, sondern aufgeschoben. Die Akteure des Kapitalismus simulieren also Prosperität und schieben damit die Krise auf. Die staatlich garantierte Liquidität des Bankensystems verhinderte den Zusammenbruch, schob die eigentlichen Probleme nur auf. Die Verwertung des zinstragenden Kapitals kann in letzter Instanz nur durch einen neuen krisenbereinigten Konjunkturzyklus des fungierenden Kapitals gelöst werden.



Nach einer kurzen Erholung der auf die Finanzkrise folgende Wirtschaftskrise zeichnete sich schon 2019 die nächste Überproduktionskrise ab, welche sich hauptsächlich in einer Absatzkrise des Automobilkapitals bemerkbar machte. Auch eine weitere Geldkrise wurde durch die Flutung der Geldmärkte durch Zentralbankgeld gerade so verhindert, nachdem sich einige Großbanken aus dem US- Repomarkt zurückzogen. Schon vor Corona und Krieg - nämlich im September 2019 - liquidierten die Notenbanken in einer konzertierten Aktion die Geldmärkte. Befeuert aber also nicht ausgelöst wurden diese Krisenentwicklung durch Pandemie, Klimawandel und Krieg. Das 2023 mit staatsmonopolistischen vorläufig unter Kontrolle gebrachte Bankenbeben war ein weiteres Indiz.

Faschismus und Krieg als Krisenlösung werden zur realistischen Option. Bei Beibehaltung des Privateigentums an Produktionsmittel wird sich die Krise weiter verschärfen.

Warum die Arbeiter_innenklasse nicht für den Standort kämpfen sollte...

Die Strategien des Kapitals in der gegenwärtigen Situation des Kapitalismus werden mit der gebotenen Kompromisslosigkeit verfolgt:

Sparmaßnahmen in Form von Lohnzurückhaltung, Entlassungen und Werksschließungen sowie „Sozialpläne“ sind die Antwort des Monopolkapitals auf die Konkurrenz - also harter Klassenkampf von oben. Das Beispiel Ford zeigt dies in aller Deutlichkeit: Bei Ford Saarlouis und Ford Valencia wurden die Belegschaften jeweils in einen Standortwettbewerb um die neue Elektroauto-Plattform getrieben. Statt eines gemeinsamen Kampfes gegen das Kapital bleiben am Ende auf beiden Seiten nur Verlierer: In Saarlouis wird die Autoproduktion eingestellt und die Beschäftigten mit Almosen in die Arbeitslosigkeit entlassen; in Valencia drohen den Kolleg_innen ebenfalls Entlassungen, Lohnsenkungen und

Sozialabbau. Inzwischen steht der Standort Valencia selbst wieder auf der Kippe.

Diese werden von vielen Autokapitalen als willkommener Anlass gesehen, enorme Summen an staatlichen Subventionen zu kassieren und gleichzeitig lange geplante Werksschließungen und Sparmaßnahmen - sprich Lohnsenkungen, Flexibilisierung und Stellenabbau - ohne größeren Widerstand durchsetzen zu können. Gerne wird auch auf das Instrument so genannter „Zukunftvereinbarungen“ zurückgegriffen - die Beschäftigten sollen Produktinnovationen durch Lohnkürzungen und Urlaubsverzicht mitfinanzieren - mehr Mitbestimmung gibt es - wenig überraschend - nicht / kaum. So geschehen im „Zukunftstarifvertrag“ inkl. „Zukunftsfonds“ bei Eberspächer in Neunkirchen, so geschehen in der Standortvereinbarung bei Bosch in Homburg. Aber auch in der saarländischen Stahlindustrie ist dies so geschehen.

Zwar hofft die saarländische Stahlindustrie, mit der Umstellung auf Wasserstoff, statt Kohle eine Vorreiterrolle bei der Dekarbonisierung zu übernehmen und erhält dafür Subventionen in Höhe von 2,6 Milliarden Euro, doch klar scheint, dass der Umbau auch Arbeitsplätze kosten wird: Der Vorstandsvorsitzende der Saarstahl AG

Karl Ulrich Köhler, sieht 600 bis 1.000 Stellen gefährdet. Im März 2024 wurde der erst im Februar abgeschlossene Tarifvertrag bei Saarstahl aufgrund des schlechten Geschäftsjahres 2023 geändert:

Die Beschäftigten sollen einen Beitrag leisten, um die aktuelle finanzielle Situation von Saarstahl kurzfristig zu verbessern. Auch hier zahlen also die Beschäftigten für die Sanierung - durch Arbeitsplatzabbau, Mehrarbeit oder Lohnverzicht.

Von den Industriearbeitsplätzen hängen wiederum viele Dienstleistungsarbeitsplätze ab - zum einen durch das zunehmende Outsourcing typischer Dienstleistungstätigkeiten wie Gebäudereinigung, Sicherheitsdienste oder Kantinen, zunehmend aber auch von produktionsbegleitenden Dienstleistungen wie Wartung oder Reinigung von Maschinen, die ursprünglich im eigenen Unternehmen erbracht wurden. Andererseits sind viele personenbezogene Tätigkeiten sowie das Gastgewerbe und der Einzelhandel u.a. auf die Kaufkraft der in der Regel besser bezahlten Industriearbeitskräfte angewiesen.

Die Umstellung auf E-Mobilität und grünen Stahl, die voranschreitende Digitalisierung und Automatisierung werden aber nicht nur auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen, sondern auch auf dem der Steuerzahler_innen. Über den sogenannten "Transformationsfonds" sollen mehrere Milliarden Steuergelder in die Taschen des Monopolkapitals umverteilt werden - natürlich ohne dass die Beschäftigten oder die Steuerzahler_innen demokratisch mitbestimmen können, was produziert wird. In den Händen des Monopolkapitals und des bürgerlichen Staates wird "Transformation" zum Klassenkampf von oben!

Die Umstellung auf E-Mobilität und grünen Stahl, die voranschreitende Digitalisierung und Automatisierung werden aber nicht nur auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen, sondern auch auf dem der Steuerzahler_innen. Über den sogenannten "Transformationsfonds" sollen mehrere Milliarden Steuergelder in die Taschen des Monopolkapitals umverteilt werden - natürlich ohne dass die Beschäftigten oder die Steuerzahler_innen demokratisch mitbestimmen können, was produziert wird. In den Händen des Monopolkapitals und des bürgerlichen

Staates wird "Transformation" zum Klassenkampf von oben!

Die verschiedenen Fraktionen der Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführung reagieren auf diesen kompromisslosen Klassenkampf des Kapitals nicht als kompromisslose Verteidiger der Interessen der Arbeiter_innen. Im Gegenteil, sie sorgen sich um den Standort. Ein Standort, dessen Begriff das Einverständnis mit dem Anspruch der Konzerne beinhaltet, ganze Regionen nach ihren Profitinteressen zu nutzen oder fallen zu lassen, die Arbeitskraft vor Ort auszubeuten oder eben ungenutzt der Armut und der staatlichen Gängelung der Erwerbslosigkeit preiszugeben. Während vom DGB über die SPD bis zur Linkspartei alle sich einig sind, dass es sich lohnt, für den eigenen Standort, statt für die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen, wird explizit oder implizit die Vernichtung von Arbeitsplätzen in anderen Ländern, die Subventionierung der Profite des Monopolkapitals oder eine starke industrielle Basis für den deutschen Imperialismus gefordert. All dem liegt zugrunde, die Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze nicht anzuerkennen, den Erhalt der Arbeitsplätze nicht durch Kampf, sondern durch Standort-patriotismus zu erreichen.

Die Aufspaltung der Lohnabhängigen in Standorte, Beschäftigungsgruppen, Werkarbeiter, Zeitarbeiter, Leiharbeiter usw. ist in dieser Phase des Kapitalismus sowohl eine Notwendigkeit für die Profitmaximierung als auch die beliebteste Taktik gegen Widerstand.

Die Geschäftsleitungen behaupten jetzt außerdem, die Belegschaften und Betriebsräte müssten den Konzernen entgegenkommen, damit wenigstens die verbliebenen Arbeitsplätze erhalten werden können. Diese Lügen der Ausbeuter sind nicht neu, sondern werden seit Jahrzehnten genau so verbreitet.

Aber das Kräfteverhältnis ist heute so schlecht, dass sie massenhaft geglaubt werden. Die Konkurrenz unter den Arbeiter_innen bleibt die Basis der Macht der Kapitalisten. Dagegen helfen keine Sozialpartnerschaft, kein Klassenkompromiss oder andere vermeintliche

Ausflüchte: Dagegen helfen nur Klassenkampf und Solidarität! Für den Erhalt der Industriebetriebe und aller Arbeitsplätze!

...aber um jeden Arbeitsplatz und für den Erhalt der Industriebetriebe...

Im Saarland droht also das, wogegen Gewerkschaften, Politik und andere Standortpatrioten in sozialpartnerschaftlicher Gemeinschaft seit Jahren ihre Sonntagsgebete richten: die massenhafte Verlagerung oder Vernichtung von Arbeitsplätzen am Industriestandort. Der Kapitalismus selbst vernichtet massenhafte Industrie und Arbeitsplätze.

Das Proletariat und die industrielle und landwirtschaftliche Großproduktion sind nach wie vor die Grundlage einer sozialistischen Gesellschaft. Die postmodernen Illusionen in eine klimaneutrale, verteilungsgerechte Dienstleistungsgesellschaft ohne industrielle Produktion und mit bedingungslosem Grundeinkommen sind aus der Sicht des internationalen Proletariats sicher keine Alternative, sondern nur auf der Grundlage der Durchsetzung der bereits bestehenden Tendenz zum imperialistischen Rentierstaat, der auf Finanzmacht, militärischer Gewalt und brutaler neokolonialer Ausplünderung und Ausbeutung beruht. Der Beitrag des Proletariats in Deutschland zu den Klassenkämpfen in der Welt besteht darin, die Macht des deutschen Imperialismus im Inneren zu beschränken. Diese Beschränkung der Macht des deutschen Monopolkapitals kann nur durch die Vereinigung der Arbeiterklasse im Kampf erreicht werden.

Die Aufgabe des Proletariats in Deutschland ist es, die industrielle Basis des deutschen Imperialismus und der Konzerne in die industrielle Basis des Sozialismus zu verwandeln

Deshalb kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz und jeden Industriebetrieb, aber niemals um den Standort!

Um das momentane Kräfteverhältnis im Klassenkampf zu Gunsten der Arbeiterklasse zu verschieben, braucht es konkrete Erfolge im Kampf. Sei es im Tarifikampf, im Kampf um den Erhalt von

Arbeitsplätzen, sei es in der Entwicklung von Produktinnovationen, sei es im Kampf um die Überführung von Betrieben in öffentliches Eigentum, im Kampf um Mitbestimmung oder im Kampf um die demokratische Kontrolle des Monopolkapitals.

Dass das Kräfteverhältnis im Klassenkampf heute so schlecht ist, hat auch mit der „Deindustrialisierung“ in den imperialistischen Zentren zu tun. Fabriken sind immer auch die Zusammenfassung vieler Arbeiter_innen an einem Ort. Wenn Arbeitsplätze vernichtet werden, verschlechtern sich die Kampfbedingungen. Es ist ein großer Unterschied, ob der Kampf kollektiv aus dem Betrieb heraus geführt wird oder aus der Isolation der Erwerbslosigkeit. Die Zerstörung der Industriebetriebe selbst macht zudem jede Diskussion über alternative Produktion und qualitatives Wachstum überflüssig.

Ein wirklicher Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze scheint nur Aussicht auf Erfolg zu haben, wenn er unabhängig von Betriebsrat, Gewerkschaft und Politik und zusammen mit den Arbeiter_innen an allen anderen Standorten und in anderen Konzernen und Branchen geführt wird. Wenn diese Akteure von den Belegschaften selbst unter Druck gesetzt werden. Wir wollen zur Solidarität mit allen Betroffenen aufrufen, denn eines ist klar: Die Arbeiter_innen, die jetzt entlassen werden sollen, brauchen Unterstützung beim Kampf um ihre Existenz. Diesen Kampf müssen alle gemeinsam führen, als vereinte Arbeiter_innenklasse. Kämpfe für die Interessen der Arbeiter_innen waren früher erfolgreich und sie können auch wieder erfolgreich sein. Dafür müssen sich die Arbeiter_innen aber zu einer bewussten Kraft organisieren und dürfen sich nicht spalten lassen. In dieser Situation ist es elementar, dass sich alle Betroffenen zusammenschließen, um gemeinsam ihre Interessen einzufordern.

Die Lohnabhängigen, ob bei Ford, ZF, Bosch oder in der Stahlindustrie, müssen zusammenstehen, von A wie Azubi bis Z wie Zeitarbeiter.

Hier lässt sich auch an gewerkschaftliche Forderungen nach Eingriffen in die kapitalistische Eigentumsordnung anknüpfen. So heißt es in der seit 01.01.2024

gültige Satzung der IG Metall, §2, Abs.4, Aufgaben und Ziele der IG Metall seien u. a. die „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.“.

...und warum das trotzdem nicht reicht.

Unsere Forderungen für eine sozialistische Industriepolitik sind:

„Für Erhalt und Ausbau der Industrie durch Überführung in öffentliches Eigentum mit Arbeiter_innenkontrolle und demo-kratischer Investitionskontrolle! Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich! Für ein Recht auf Arbeit! Für Mitbestimmung in der Produktion! Demokratische Leitung und Planung der Produktion und des Standortes unter Nutzung aller Fähigkeiten der Bevölkerung! Für klassenkämpferische Gewerkschaften und Arbeiter_innenparteien!“

Diese Forderungen sind Kampflosungen und Vorschläge für eine klassenkämpferische Front, in der sich eine breitere sozialistische Linke und kämpferische Gewerkschafter_innen sammeln können. Reformforderungen und Losungen in Tageskämpfen haben immer einen doppelten Charakter. Einerseits verbessern sie die realen Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und damit das Kräfteverhältnis im Klassenkampf. Sie können aber auch Illusionen über den Charakter des bürgerlichen Staates und die tieferen Ursachen der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus schüren und damit die Kampfbedingungen verschlechtern.

Ein Beispiel: Es ist eine komplizierte Frage, ob Kommunist_innen überhaupt Verstaatlichungen oder Vergesellschaftung innerhalb des Kapitalismus fordern sollen. Verstaatlichung an sich ist nicht progressiv und kann auch sehr reaktionär sein. Entweder als altbekanntes Mittel des staatsmonopolistischen Kapitalismus „Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren“, wie jüngst bei der Lufthansa zu beobachten. Verstaatlichungswellen gab es auch gerade in Kriegszeiten oder zur Kriegsvorbereitung. Eine Überführung der saarländischen Industriebetriebe in die öffentliche Hand ist daher nicht per se fortschrittlich. Aber die Chance, Industriebetriebe und Arbeitsplätze zu erhalten, wäre größer als bei

privatkapitalistischen „Lösungen“, weil die Kampfbedingungen besser wären. Es muss aber klar sein: Ob Betriebe verstaatlicht oder in privater Hand sind, an ihrem Charakter als Mittel kapitalistischer Ausbeutung ändert sich nichts, solange dieser Staat der Staat des Monopolkapitals ist. Auch Staatsbetriebe unterliegen den Zwängen des Kapitalismus und müssen nach „betriebswirtschaftlichen“ Prinzipien arbeiten. Das heißt konkret:

Vernichtung von Arbeitsplätzen, Intensivierung der Arbeit, verschärfte Ausbeutung, Rationalisierung. Die Grenze, die dem gesetzt wird, ist der Kampf der Arbeiterklasse, nichts anderes!

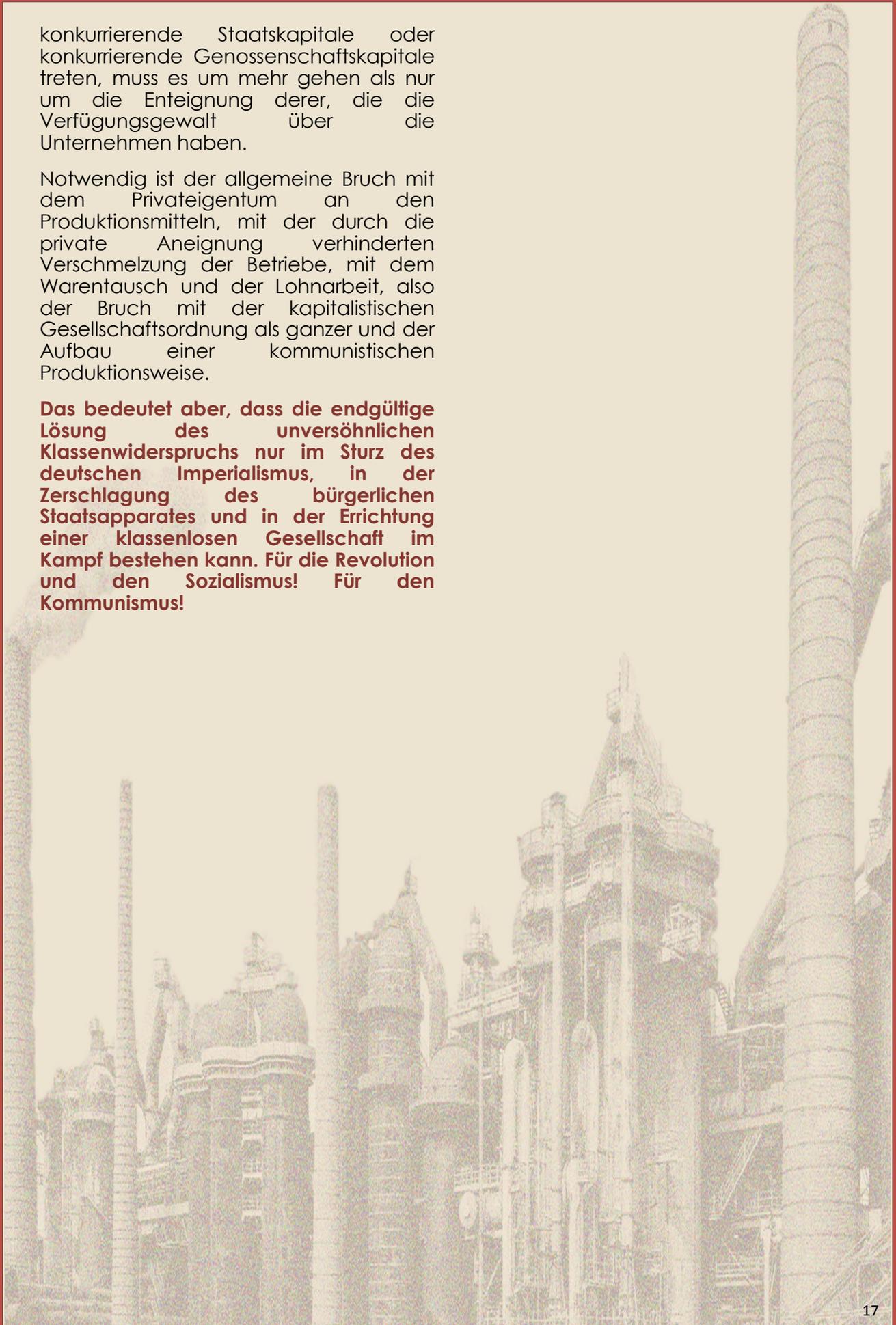
Aber auch die wildesten Streiks werden früher oder später im Alltag versanden, wenn die Abkehr von der Logik des kapitalistischen Profitsystems und die Hinwendung zur gemeinschaftlichen Aneignung der Produktion nicht zur Diskussion gestellt wird. Die Logik einer Gesellschaftsordnung, in der nach dem Maximalprofit des Monopolkapitals und nicht nach den Bedürfnissen der Gesellschaft produziert wird; die Logik einer Gesellschaftsordnung, in der Profit und Rentabilität die Nützlichkeit oder Überflüssigkeit von Menschen diktieren können, in der Beschäftigte lediglich negative Variablen für die Kalkulationen des Unternehmens sind, eben nur Teil des variablen Kapitals, das es als Lohnkosten zu reduzieren gilt. In der Logik einer solchen Gesellschaftsordnung sind Entwicklungen wie bei Ford, ZF, Bosch und anderen notwendig. Und wenn das nicht vor der eigenen Haustür in Saarlouis, Saarbrücken oder Homburg passiert, dann eben jeden Tag irgendwo anders - z.B. in Valencia, Schweinfurt oder München. Dass ein Arbeitsplatz im Kapitalismus kein Recht auf „gute Arbeit“ garantiert, sondern Mittel des Kapitals ist, sich zu verwerthen, aus Geld mehr Geld zu machen. Daran wird sich nichts ändern, solange die Lohnabhängigen nicht gegen ihre Abhängigkeit kämpfen.

Da die Unternehmen unabhängig von ihrer Eigentumsform in der gnadenlosen Weltmarktkonkurrenz bestehen müssen und die Gefahr besteht, dass an die Stelle konkurrierender Privatkapitale, z.B.

konkurrierende Staatskapitale oder konkurrierende Genossenschaftskapitale treten, muss es um mehr gehen als nur um die Enteignung derer, die die Verfügungsgewalt über die Unternehmen haben.

Notwendig ist der allgemeine Bruch mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, mit der durch die private Aneignung verhinderten Verschmelzung der Betriebe, mit dem Warentausch und der Lohnarbeit, also der Bruch mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als ganzer und der Aufbau einer kommunistischen Produktionsweise.

Das bedeutet aber, dass die endgültige Lösung des unversöhnlichen Klassenwiderspruchs nur im Sturz des deutschen Imperialismus, in der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und in der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft im Kampf bestehen kann. Für die Revolution und den Sozialismus! Für den Kommunismus!



Gegen das Patriarchat! Gegen die Spaltung der Werktätigen!

Wir erheben unsere Stimme gegen jede Form von Spaltung und Diskriminierung in der Arbeitswelt im Streben nach einer gerechten und integrativen Gesellschaft. Unsere Vision ist geprägt von der Überzeugung, dass das Geschlecht bei der Bewertung von Arbeit keine Rolle spielen darf. Wir kämpfen gegen die Verankerung von Sexismus in Unternehmen und setzen uns für gleichen Lohn für gleiche Arbeit in allen Branchen ein. Dabei geht es uns nicht nur um ökonomische Gleichstellung, sondern auch um eine Neuorganisation der Hausarbeit und eine gerechtere Verteilung von Pflege- und Betreuungsaufgaben. Die Privatisierung elementarer Bereiche wie Gesundheit, Erziehung und Pflege lehnen wir ab und setzen uns stattdessen für eine stärkere Vergesellschaftung dieser Aufgaben ein. Unser Ziel ist eine Arbeitswelt und Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht und sozialer Stellung gleichermaßen respektiert und gefördert werden.

Die Spaltung in Männer- und Frauenberufe: Eine Manifestation kapitalistischer Ausbeutung

Die horizontale berufliche Segregation ist ein Paradebeispiel für die fortbestehende Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft. Aus ökonomischer Sicht gehen mit der kapitalistisch organisierten gesellschaftlichen (Re-)Produktion spezifische Anforderungen an die Menschen einher.

Zum einen benötigt das Kapital in der Produktion möglichst effizient und rational handelnde Personengruppen, die besonders geeignet sind, im Konkurrenzkampf zu bestehen und Profite zu erwirtschaften. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden,

müssen eigene Bedürfnisse und Emotionen tendenziell weitestgehend zurückgestellt werden. Auf der anderen Seite braucht es Personengruppen, die sich um die reproduktiven Aufgaben (Kindererziehung, Essenszubereitung, Wäsche usw.) außerhalb der ökonomischen Sphäre kümmern.

Diese beiden Bereiche der (Re-)Produktion sind aufbauend auf biologischen Faktoren wie der Gebärfähigkeit aufgrund historisch und kulturell geprägter Erwartungen, Vorurteile und Stereotypen geschlechtsspezifisch verteilt: Männlichkeit wird als effizient und rational, Weiblichkeit als emotional und fürsorglich definiert. Entsprechend werden die Tätigkeiten verteilt. Die den Frauen zugeschriebenen reproduktiven Tätigkeiten zeichnen sich ökonomisch dadurch aus, dass sie zwar gesellschaftlich unverzichtbar sind, aber keinen wesentlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Entsprechend werden diese Tätigkeiten und damit das „Weibliche“ abgewertet, was sich u.a. in systemisch unterbezahlten und schlecht ausgestatteten Arbeitsplätzen niederschlägt.

Grundsätzlich gilt: Unabhängig vom Geschlecht geht es dem Kapital darum, aus der Arbeitsleistung der Arbeiter_innen einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Die Unternehmen zahlen deshalb nur so viel wie unbedingt nötig. Die Arbeitgeber_innen kümmern sich weder darum, ob und wie gut die Arbeitskräfte damit ihren Lebensunterhalt bestreiten können; noch darum, ob sie in der arbeitsfreien Zeit ein befriedigendes Leben

führen können. Das sind Probleme, die die Arbeitnehmer_innen in ihrem Privatleben selbst lösen müssen. Die daraus resultierende Benachteiligung von Frauen zeigt sich beispielhaft in der gesellschaftlich immer noch glorifizierten und politisch geförderten Lebensform der bürgerlichen Kleinfamilie Mann-Frau-Kind(er): Selbst wenn sich Frau und Mann die Erwerbs- und Hausarbeit grundsätzlich frei aufteilen könnten - spätestens wenn Nachwuchs kommt, entstehen neue Zwänge: Um den zusätzlichen finanziellen Bedarf zu decken, ist ein verstärktes Engagement für die Karriere notwendig, gleichzeitig müssen die wachsenden Anforderungen der Familienarbeit erfüllt werden. Wird die klassische Entscheidung zwischen Beruf und Familie notwendig, reproduziert sich trotz aller Emanzipation die traditionelle Rolle des männlichen Haupternährers und die Rolle der Frau, die überwiegend für die Sorge- und Reproduktionsarbeit zuständig ist, heute aber auch arbeiten gehen muss. Meist gilt Der Frauenlohn dient als Zuverdienst - und wenn nicht, bedeutet das zu verarmen und zu verelenden.

Auch bürgerliche Kampagnen und die moderne spätkapitalistische Gesellschaft, die Frauen gerade dann als emanzipiert und stark ansehen, wenn sie möglichst beides - Sorge- und Erziehungsarbeit und berufliche Karriere - "unter einen Hut" bringen, bedienen die stereotype familiäre Arbeitsteilung, um Frauen z.B. im Falle einer Schwangerschaft möglichst schnell wieder in die Erwerbsarbeit zu drängen. Frauen werden dadurch doppelt ausgebeutet oder geraten in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Partner. Wenn Unternehmen Personalauswahl, Entlohnung und Karrierewege ihrer Beschäftigten nach Geschlecht differenzieren, beziehen sie sich also weniger auf biologische Merkmale als vielmehr auf die Institution der bürgerlichen Familie und nutzen die daraus resultierende Rollenverteilung aus: Frauen sind leichter erpressbar, wenn sie Arbeit suchen und gleichzeitig Kinder zu versorgen haben. Doch die Unternehmen beschränken sich nicht darauf: Allein die Option einer möglichen Schwangerschaft wird von Arbeitgeber_innen dem gesamten Geschlecht - unabhängig von Alter oder Kinderwunsch - als potenzielle Einschränkung der Leistungsfähigkeit für den Betrieb zugeschrieben, die dann in Form niedriger Lohnkosten kompensiert werden muss.

Zwischenfazit: Die horizontale berufliche Segregation ist ein grundlegendes Merkmal des kapitalistischen Systems, das auf der doppelten Ausbeutung von Frauen beruht.

Es bedarf nicht nur des moralischen Willens, mit der Anwendung überholter geschlechtsspezifischer Rollenbilder zu brechen, sondern vor allem eines Bruchs mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, in denen das Kapital diese Rollenbilder weiterhin für sich zu nutzen weiß und sie dadurch ständig reproduziert.

Es ist an der Zeit, für eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter zu kämpfen, die nur durch die Überwindung des kapitalistischen Systems erreicht werden kann!



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Ein unverzichtbarer Akt des Widerstands

Ein weiteres Symptom dieser Ungerechtigkeit ist der Gender Pay Gap, der die eklatante Diskrepanz zwischen den Einkommen von Frauen und Männern aufzeigt. Frauen verdienen im Durchschnitt weniger als Männer für die gleiche Arbeit bzw. Arbeit mit gleicher Leistung. Im Jahr 2023 betrug dieser Unterschied in Deutschland durchschnittlich 18 %. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mit-

teilt, erhielten Frauen mit durchschnittlich 20,84 Euro einen um 4,46 Euro niedrigeren Bruttostundenverdienst als Männer (25,30 Euro). Ein Großteil der Verdienstlücke ist darauf zurückzuführen, dass Frauen häufiger als Männer in Branchen, Berufen, Anforderungsniveaus und Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, die schlechter bezahlt werden - was wiederum auf die oben beschriebenen Faktoren zurückzuführen ist, die das Kapital hervorbringt und auszunutzen weiß. Die Forderung nach "gleichem Lohn für gleiche Arbeit" ist daher ein unverzichtbarer Akt des Widerstands gegen diese Unterdrückung und Ausbeutung. Sie fordert nicht nur gleiche Löhne am Arbeitsplatz, sondern richtet sich auch gegen die vom Kapital vermittelte (weil profitable) Spaltung der Arbeiterschaft in Männer- und Frauenberufe. Es ist an der Zeit, die Geschlechtersegregation am Arbeitsplatz zu beenden und für eine geschlechtergerechte Verteilung und Organisation von Produktion und Reproduktion zu kämpfen, die die Versorgung der menschlichen Grundbedürfnisse sicherstellt.

Sexismus im Betrieb: Die unsichtbare Kluft zwischen den Geschlechtern

In der von Ungleichheit geprägten Arena der Arbeitswelt zeigt sich Sexismus in all seinen Facetten. Er manifestiert sich hier nicht nur in direkter sexueller Belästigung und verbaler Herabwürdigung, unter denen zumeist Arbeitnehmerinnen zu leiden haben, sondern auch in den strukturellen Fesseln, die Frauen heute beispielsweise von Führungspositionen fernhalten und den Gender Pay Gap manifestieren. Wer versucht, sexuelle Belästigung und Übergriffe zu beschönigen, indem er Vorurteile wie Schönheit oder vermeintliche Provokation als Entschuldigung anführt, schützt nur die wahren Schuldigen: die Täter selbst.

Die Tatsache, dass Frauen überdurchschnittlich häufig den Zumutungen prekärer Arbeitsverhältnisse ausgesetzt sind, ist ein weiteres Signal für die fortdauernde Unterdrückung.

Sie macht es oft schwer, sich gegen Sexismus am Arbeitsplatz zur Wehr zu setzen. Es ist höchste Zeit, nicht nur die offensichtlichen Auswüchse von Sexismus zu bekämpfen, sondern auch die tieferen Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung in der Arbeitswelt anzugehen.

Arbeitszeitverkürzung und Neuorganisation von Hausarbeit: Eine Forderung nach Wandel

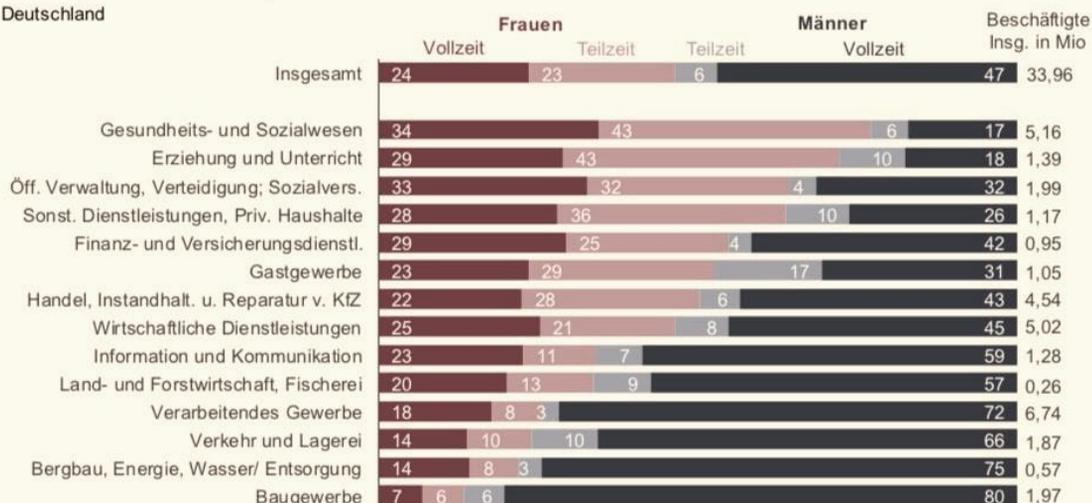
Frauen leisten durchschnittlich 44,3% mehr unbezahlte Carearbeit als Männer - das entspricht einer von Frauen vorgenommenen (unbezahlten) Mehrarbeit von 79 Minuten am Tag, was sich auf 30 Stunden in der Woche hochrechnen lässt. Unbezahlte Sorgearbeit meint laut Statistik: Sorgearbeit in der Haushaltsführung, Kinderbetreuung und der Pflege von Angehörigen, aber auch freiwilliges und ehrenamtliches Engagement. Im Bereich der bezahlten Care-Arbeit gilt, dass diese wiederum zu ca. 80 % von Frauen geleistet wird. Liegt der Fokus allein auf der Lücke im privaten Haushalt, gerät aus dem Blick, dass vor allem bei jenen Paaren der Care Gap kleiner ist, die in der finanziellen Lage sind, Sorgearbeit auszulagern. Da diese Tätigkeiten in der Regel wieder von (meist prekär beschäftigten migrantischen) Frauen übernommen werden, bleibt das grundsätzliche Problem der ungleichen Verteilung bestehen bzw. wird verschärft.

Die Diskussion um den Gender Pay Gap und Gender Care Gap wird bereits seit Jahren geführt. Um die geschlechtsspezifischen Lücken zu erklären, werden verschiedene Faktoren vorgebracht: Neben der oben benannten geschlechtsspezifischen Berufszuschreibung, unterbrechen Frauen ihr Erwerbsleben häufiger - meist aus familiären Gründen -, haben daher geringere Chancen auf einen innerbetrieblichen Aufstieg oder Führungspositionen und sie arbeiten nach dem Wiedereinstieg oft in Teilzeit oder Minijobs. Nach Daten der Bundesagentur für Arbeit liegt die Minijobquote von Frauen im Saarland bei ca. 22,5 %, die der Männer bei ca. 15,5 %; Knapp die Hälfte der erwerbstätigen Frauen im Saarland arbeiten in Teilzeit, bei den Männern sind es lediglich knapp 11 %. Arbeitszeit ist der entscheidende Faktor, mit dem das Verhältnis zwischen den Lebensbereichen

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Branchen, Geschlecht und Arbeitszeit

Juni 2022, 15 bis unter 65 Jahre, Anteile in Prozent

Deutschland



Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

der Beschäftigten geprägt wird.

Es braucht eine radikale Arbeitszeitverkürzung, um Gender Pay- und Gender Care Gap aufzulösen; um im Privaten die Hausarbeit geschlechtergerecht aufteilen zu können und Frauen aus der finanziellen Abhängigkeit des Mannes zu reißen.

Es braucht eine Neuorganisation von Arbeit und Hausarbeit – gesellschaftlich organisiert und geschlechtergerecht geteilt. Deshalb fordern wir mit Nachdruck eine kollektive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und die Vergesellschaftung der Care-Arbeit. Dazu gehört auch der Auf- bzw. Ausbau von Kindertagesstätten, Wäschereien, Kantinen, die nicht dem Profitprinzip unterworfen sind.

Diese Forderungen entspringen der Einsicht in die Systematik der Ausbeutung und Unterdrückung, die insbesondere Frauen in der Sphäre der Care-Arbeit erfahren. Diese Arbeit ist jedoch für das Funktionieren unserer Gesellschaft und für die Reproduktion der Arbeitskraft von zentraler Bedeutung. Die Vergesellschaftung von Sorgearbeit ist daher nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen Vernunft. Indem wir die Verantwortung für Sorgearbeit kollektiv teilen und sie als Gemeinschaftsaufgabe begreifen, können wir nicht nur die Belastung der Einzelnen verringern, sondern auch eine gerechtere Verteilung

der Ressourcen ermöglichen. Wir kämpfen für eine Welt, in der Sorgearbeit als gemeinsame Verantwortung verstanden wird, die wir solidarisch tragen.

Der Kampf für die Vergesellschaftung der Sorgearbeit ist ein Kampf, der alle Frauen betrifft - der Fokus muss aber auf der doppelten Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen der Arbeiterklasse liegen.

Die Prekarisierung der Sorgearbeit kann nur durch die Vergesellschaftung der Produktion und inklusive der Vergesellschaftung der Sorgearbeit im Sozialismus überwunden werden!

Nur so kann der versklavende Charakter der Hausarbeit überwunden und die Hausfrau als Teil der Arbeiter_innenklasse befreit werden. Nur so kann die industrielle Reservearmee schlecht bezahlter Dienstleistungsarbeiterinnen aufgelöst werden.

Für den Kampf um die Befreiung der Frau wie für den Kampf um den Sozialismus, für die Arbeiterinnen der bezahlten Sorgearbeit wie für die Frauen der unbezahlten Hausarbeit wie für die Arbeiterinnen der industriellen Produktion gilt: Die Befreiung der Arbeiterinnen und der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiterinnen und Arbeiter sein! Am 1. Mai und darüber hinaus!

Der Klassenfeind

bei der Arbeit

Anmerkungen zur Verteilungsfrage!

„Verteilungsgerechtigkeit“ scheint in Deutschland das höchste der Gefühle zu sein, wenn es um linke Politik geht. Ungerecht soll es sein, wenn die einen immer ärmer und die anderen immer reicher werden. Dass diese Verteilung des Volkseinkommens der Produktionsweise gerecht wird, aus der sie hervorgeht, ist nicht Teil der deutschen Debatte.

Was heißt hier eigentlich Verteilung?

Die Verteilung des Volkseinkommens im Kapitalismus ist dadurch bestimmt, dass das Produktionsmitteleigentum in Händen der Kapitalisten konzentriert ist, die das Proletariat ausbeuten. Folglich wird das Nationaleinkommen nicht im Interesse der arbeitenden Menschen, sondern im Interesse der ausbeutenden Klassen verteilt.

Im Kapitalismus wird das durch die Arbeiter_innen erzeugte Nationaleinkommen zuerst in die Hände der industriellen Kapitalisten gelegt. Die industriellen Kapitalisten, die die produzierten Waren realisieren, erhalten die Gesamtsumme des in den Waren enthaltenen Wertes. Dazu gehören das variable Kapital und der Mehrwert. Das variable Kapital verwandelt sich in den Arbeitslohn, den die industriellen Kapitalisten an die in der Produktion beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter zahlen.

Der Mehrwert bleibt in den Händen der industriellen Kapitalisten. Er bildet das Einkommen aller Gruppen der Ausbeuterklassen.

Ein Teil des Mehrwerts wird zum Profit der Industriekapitalisten. Das Einkommen der Arbeiter beruht auf ihrer individuellen Arbeit und ist ein Arbeitseinkommen. Kapitalisteneinkommen beruht auf der Ausbeutung fremder Arbeit und ist nicht

erarbeitetes Einkommen.

Das unverdiente Einkommen der ausbeutenden Klassen wird im Prozess der weiteren Verteilung des Nationaleinkommens noch vergrößert. Ein Teil des Einkommens der Bevölkerung, vornehmlich der arbeitenden Klassen, wird über den Staatshaushalt umverteilt und zugunsten der Ausbeuterklassen verwendet. So verwandelt sich der Teil des Einkommens der Arbeiter_innen, der in Form von Steuern in den Staatshaushalt fließt, in zusätzliches Einkommen der Kapitalisten und in das Einkommen der Beamten.

Als Ergebnis des gesamten Verteilungsprozesses zerfällt das Volkseinkommen in zwei Teile:

1. in das Einkommen der ausbeutenden Klassen und
2. in das Einkommen der Erwerbstätigen sowohl in den Zweigen der materiellen Produktion als auch in den nichtproduzierenden Zweigen.

Die Verteilungsfrage ist also im Kern keine Frage von Arm und Reich, sondern eine Klassenfrage. Deshalb sind sowohl die Preisentwicklung, die Lohnentwicklung als auch die Steuer- und Haushaltspolitik letztlich Klassenfragen, auch wenn dies in der gesellschaftlichen Debatte von links bis rechts von allen Akteuren verschleiert wird. Die Linken reden von Gerechtigkeit, die Rechten von Leistung. Von Klassen-verhältnissen und den darauf basierenden Verteilungsverhältnissen schweigen sie alle.

Was in Deutschland jedoch als Verteilungsfrage verhandelt wird, ist die von jeder Klassenspaltung bereinigte Entnahme oder Verteilung staatlicher Gelder.

Auch hier streiten Linke und Rechte darüber, ob das kapitalistische Verwertungssystem mit Zuckerbrot oder Peitsche regiert werden soll, und einigen sich nach langen Verhandlungen auf ein bisschen von beidem.

Der Staat agiert zwar als Gewalt in relativer Autonomie gegenüber der Verwertungslogik, kann also auch nichtkapitalproduktive Aufgaben übernehmen, ist aber auf eine erfolgreiche Kapitalakkumulation angewiesen. Auf der einen Seite bestehen die Sicherheiten, die er für seine Finanzierung benötigt, aus den von ihm erhobenen Steuern. Diese Einnahmen sind ebenso von einer erfolgreichen Akkumulation abhängig wie die finanzielle Macht des Staates, die sich aus seiner Verschuldungsfähigkeit ergibt. Es liegt also im Interesse des Staates, die Verwertung des Kapitals zu gewährleisten. Der bürgerliche Staat ist ein Organ der Ausbeuterklassen, dessen Zweck die Unterdrückung der ausgebeuteten Mehrheit der Gesellschaft und die Wahrung der Interessen der ausbeutenden Minderheit in der gesamten Innen- und Außenpolitik ist.

Der Staatshaushalt speist sich aus Steuern und Krediten. Die Politik des bürgerlichen Staates ist darauf gerichtet, die Steuerlast für die Klassen der Ausbeuter so gering wie möglich zu halten. Die Kapitalisten verschleiern durch Stiftungen, Steueroasen und andere Tricks die wahre Höhe ihrer Einkommen und Vermögen. Dass die Vermögen in Deutschland viel ungleicher verteilt sind als bisher angenommen, wurde im April 2024 bekannt. Fast die Hälfte des Vermögens ist im Besitz der reichsten fünf Prozent.

Staatlich durchgesetzte Massenverarmung – Die Grundform staatlicher Umverteilung

In Deutschland ist seit 1997 die Vermögenssteuer ausgesetzt. Besonders vorteilhaft ist für die besitzenden Klassen die Politik der indirekten Steuern. Die indirekten Steuern, die auf die Güter des täglichen Bedarfs erhoben werden, belasten in besonderem Maße die Armen und privilegieren die Reichen: Je ärmer der Mensch, desto mehr gibt er von seinem Einkommen in Form von indirekten Steuern an den Staat ab. Die Belastung der ärmeren Haushalte ist seit Anfang des Jahres gestiegen. Statt die Reichen stärker zur Kasse zu bitten, trifft die höhere Steuer- und Abgabenlast im Jahr 2024 vor allem die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen. Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigen eindeutig, dass diese nicht nur relativ, sondern auch in absoluten Euro-Beträgen der Fall ist

Auf der einen Seite wurde die Einkommensteuer gesenkt, gleichzeitig auf der anderen Seite: Erhöhung der Sozialbeiträge, CO2-Steuer, Plastiksteuer, die Rückkehr der höheren Mehrwertsteuer in der Gastronomie und anderes mehr. Im Ergebnis: Wohlhabende haben mehr, Arme weniger Geld zur Verfügung. Zum Beispiel verfügt eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttojahreseinkommen von 130.000 Euro am Ende des Jahres über 262 Euro mehr, während eine gleich große Familie mit einem Bruttojahreseinkommen von 42.000 Euro 33 Euro weniger zur Verfügung hat. Eine Alleinerziehende mit einem Jahreseinkommen unter 36.000 Euro muss sogar einen Verlust von 144 Euro hinnehmen. Die zum Jahreswechsel drastisch angehobene CO2-Steuer macht zum Zwecke des Klimaschutzes das Heizen und das Tanken teurer. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist festgehalten, dass diese Steuer durch einen sogenannten Klimazuschuss kompensiert werden sollte, um Menschen mit geringem Einkommen nicht zu stark zu belasten. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) verkündigte hingegen, dass die Einführung des Klimageldes vor der nächsten Bundestagswahl vom Tisch ist. Der Staatshaushalt ist also ein Instrument,

um einen Teil des Volkseinkommens zugunsten der Ausbeuterklassen umzuverteilen. Marx schrieb, dass der Haushalt eines kapitalistischen Staates „nichts anderes ist als ein Klassenbudget, ein Budget für die Bourgeoisie...“

Dass der bürgerliche Staat in den kapitalistischen Zentren auch Sozialleistungen zahlt, wurde ihm in harten Klassenkämpfen abgerungen. Der deutsche Sozialstaat war ein konterrevolutionäres Zugeständnis, um die revolutionäre Sozialdemokratie zu schwächen.

Inzwischen erfüllt er auch bestimmte Funktionen für die moderne kapitalistische Herrschaft: Insofern ist er für die Erhaltung der Arbeitskraft und der "industriellen Reservearmee" zuständig - also auch für die Verwaltung der Armut. Hier greift der Staat korrigierend in die Rücksichtslosigkeit der Einzelkapitale ein: Indem er zu niedrigen Löhnen und Arbeitslosigkeit durch Sozialleistungen abfedert. Damit hilft er dem Kapital, Armutslöhne durchzusetzen, und bewahrt es zugleich vor dem Untergang der prekär Beschäftigten und Erwerbslosen. Der Sozialstaat ist also eine Institution zur Aufrechterhaltung moderner Massenarmut. Mit den Interessen der Lohnabhängigen hat er nichts zu tun. Wer den Sozialstaat lobt, lobt eine Produktionsweise, die trotz enormer Produktivkraftentwicklung auf Massenarmut angewiesen ist.

Wer über den Abbau des Sozialstaates jammert, vergisst, dass dieser Mitverursacher und Verwalter der Armut ist. Kein Wunder, dass mit der Schwächung der Arbeiterklasse auch der „Sozialstaat“ umgebaut wird.

Die rot-grüne Bundesregierung hat in Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften diese Entwicklung durch die Schaffung eines riesigen Niedriglohnsektors, durch massiven Sozialabbau flankiert durch das Hartz4 genannte Repressionsregime gegen Erwerbslose vollzogen.

"Leistung muss sich wieder lohnen" wurde so zum Schlachtruf, um die leistungslosen Einkommen aus Profit, Zins und Rente aufzublähen und die lohnabhängige Klasse auszuquetschen. Die neoliberalen Konterreformen nach der Krise der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts haben also zu den Verteilungsverhältnissen und Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen geführt, die die Krisen der Gegenwart noch immer prägen. Seit Beginn des Jahres 2024 ist wieder einmal die Rede

davon, dass angeblich faule Arbeitslose zur Arbeit gezwungen werden sollen. Über den »Knallhart-Plan« von Arbeitsminister Hubertus Heik« berichtete zunächst die Bild-Zeitung »exklusiv«.



Stichwort hier die jüngste Diskussion um das Bürgergeld: Als Abkehr vom alten Sanktionsregime hatte die SPD eigentlich das Anfang 2023 eingeführte Bürgergeld verkauft. In der Substanz hat sich freilich nicht allzu viel verändert. Immerhin wurden die Zahlungen zu Beginn des Jahres 2024 um 61 Euro auf 563 Euro erhöht, womit aber lediglich der längst fällige Ausgleich für frühere Preissteigerungen nachgeholt wurde. Nun will Heil trotz niedriger Arbeitslosigkeit den Umgang mit staatlichen Hilfeempfängern noch unmenschlicher gestalten. Das SPD-geführte Arbeitsministerium will Erwerbslosen, die „sich willentlich weigern, eine zumutbare Arbeit aufzunehmen“, die Regelleistung des Arbeitslosengeldes für bis zu zwei Monate komplett streichen. Weiter schlägt Heil vor, in dem genannten Fall, nur noch Unterkunft und Heizung zu zahlen. Die CSU setzt noch eins drauf und forderte, die Bezüge gegebenenfalls sogar unbefristet zu streichen. Eigentlich hatte das Bundesverfassungsgericht für 2019 festgelegt: Das Bürgergeld darf um maximal 30 Prozent gekürzt werden.

Dass der Plan des Arbeitsministeriums mit dem Grundgesetz dennoch vereinbar ist, davon zeigte sich Heil überzeugt. Seiner Auffassung nach gäbe es auch keinen anderen Weg aus der Verelendung als die Annahme »zumutbarer Arbeit«, die ja schließlich auch »dieses Land voranbringt«, wie er in der Talkshow »Hart aber fair« vortrug. Worte, die bei dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) wohl auf offene Ohren stießen, schließlich betont dieser immer wieder, wie wichtig es sei, an der 40-Stunden-Woche festzuhalten bzw. diese auszuweiten.

Auch angesichts der anhaltend hohen Armut, wird die Regierung nicht gegen die Umverteilung von unten nach oben vor-gehen – und erst recht keine Umverteilung in eben umgekehrter Richtung initiieren. Das zeigt sich besonders deutlich am Schicksal des einstigen sozialpolitischen Vorzeigeprojekts der Kindergrundsicherung, die im Koalitionsvertrag als zentrales armutspolitisches Projekt angekündigt wurde. Sie sollte alle Sozialleistungen für Familien bündeln und deren Zugang erleichtern.

Armutsbericht zeigt eindeutig: Kinder und Jugendliche sind nicht nur seit langem „deutlich überdurchschnittlich von Armut betroffen“, sondern die Situation verschärft sich zusehends. Mit 21,8 Prozent erreicht ihre Armutsquote einen noch nie gemessenen traurigen Höchststand.

Die FDP hat die Umsetzung des Koalitionsbeschlusses über einen langen Zeitraum verzögert und die ab 2025 vorgesehenen Mittel auf 2,4 Milliarden Euro gedrückt. Nun scheinen Lindner und Co entschlossen, das Vorhaben endgültig zu blockieren. Finanzminister Lindner macht keinen Hehl daraus, dass es ihm um die Verhinderung zusätzlicher Leistungen für arme Kinder und Jugendliche geht. Lindner schreckt auch nicht davor zurück, rassistische Ressentiments zu bedienen - bereits im Sommer hatte er verlauten lassen, dass es „einen ganz klaren statistischen Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Kinderarmut“ gebe.

Der Staat als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus und die Spritze der Staatskredite

Die Kreditaufnahme ist für den kapitalistischen Staat neben der Steuer die Grundform der Finanzierung. Die Kreditaufnahme führt letztlich zu einer weiteren Erhöhung der Steuern der Arbeitnehmer. Denn die Anleihen müssen verzinst und zurückgezahlt werden. Die Staatsschulden der bürgerlichen Länder explodieren.

Im Kapitalismus erscheinen die Einkommensverhältnisse in fetischisierter Form. Folglich erscheint auch die Staatsverschuldung so, als ob die arbeitende Bevölkerung ein Interesse daran hätte, sie gering zu halten und abzubauen. Umgekehrt ist gerade der kapitalistische Reichtum, den die arbeitende Bevölkerung produziert, die Grundlage der Staatsverschuldung.

Ohne funktionierende Ausbeutung kein Vertrauens des Finanzkapitals. Der Staat verschuldet sich beim Finanzkapital, um den Großbanken den größtmöglichen Profit, den größtmöglichen Anteil am Nationaleinkommen zu sichern. Die Staatskredite sind überwiegend unproduktiver Natur und fließen in den Repressionsapparat, in Aufrüstung und Militarisierung.

Sie existieren also als fiktives Kapital. Durch die Staatsverschuldung findet eine gigantische Umverteilung des Nationaleinkommens statt. Das Finanzkapital unterwirft sich so dem staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Arbeiterklasse wird also durch diesen Mechanismus nicht nur durch das Industriekapital ausgebeutet, sondern auch durch das Finanzkapital über die fiktive Staatsverschuldung im Inland. Die inländische Staatsverschuldung ist rein fiktiv. Seine Basis als Steuerstaat wird im modernen Kapitalismus ergänzt durch die Macht der Zentralbank, in der Staat und Geldkapitalisten verschmelzen. Indem der Staat den von den Geschäftsbanken geschöpften Kredit als Zahlungs- und Zirkulationsmittel anerkennt, wird Kredit zu Kreditgeld. Insofern hat er nun auch eine Finanzierungsquelle für die Staatsausgaben erschlossen, in der er über

die Zentral- und Geschäftsbanken den Staatskredit als Geld deklarieren kann, ohne dass dieser sich kapitalistisch bewähren muss. Die Verschuldung des Staates im Inland ist der Reichtum des inländischen Finanzkapitals. Die reale Verschuldung des deutschen Staates ist ausschließlich die Verschuldung bei ausländischen Banken. Folglich ist der deutsch-europäische Sonderweg der Schuldenminimierung und die in Deutschland verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse vor allem als Mittel der Aggression gegen die imperialistische Konkurrenz zu verstehen und nicht als Folge einer ideologisch verblendeten herrschenden Klasse.

Die Schuldenbremse, die beschlossen wurde, um Zugeständnisse der Regierung an die Arbeiterklasse unmöglich zu machen und als Bollwerk in der imperialistischen Konkurrenz zu dienen, muss immer wieder und immer öfter teilweise ausgesetzt werden. Die imperialistische Strategie Deutschlands gerät zunehmend in Konflikt mit der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus. Immer wieder wird mit Staatskrediten ungekannten Ausmaßes der Zusammenbruch des Kapitals verhindert und gleichzeitig mit Sparprogrammen die Konkurrenzfähigkeit des Standortes gefördert. Eine doppelt schlechte Situation für die Arbeiterklasse: Staatliche Konjunkturprogramme führen zu einer Bereicherung der Kapitaleigner, aber nicht zu einem nachhaltigen Wachstum auf produktiver Basis, das zumindest für einen Teil der Klasse in den Metropolen in der abhängigen Form der Lohnarbeit soziale Sicherheit bedeuten würde, und gleichzeitig zu einer realen Verarmungspolitik durch den Staat.

Alle Hilfsprogramme während der Coronapandemie und des Wirtschaftskrieges hatten eine Umverteilung von unten nach oben und eine Konzentration des Reichtums zur Folge.

Die Tatsache, dass Sonderfonds für die Militarisierung beschlossen werden können, während solche für die soziale Abfederung der Krise nur begrenzt zur Verfügung stehen, entspricht dem Charakter des bürgerlichen Staates.

Die Hilfs- und Entlastungspakete der Bundesregierung und auch anderer

Staaten nehmen mit jedem Krisenschub seit 2007 immer mehr unvorstellbare Ausmaße an. In Deutschland erreichen sie im Jahr 2022 schon 4,9% des Bruttosozialproduktes. Heute muss eine Rezession abgewendet und die Konkurrenzfähigkeit des Standorts erhalten werden. Zu diesem Zweck können auch die Interessen der Einzelkapitale beschnitten werden, wie wir anhand der geplanten -prozentual jedoch lächerlichen - Abschöpfung von der Energiemonopole durch die EU-Erlösobergrenze sehen können, welche im September beschlossen wurde.

Der deutsche Staat muss also den Grundwiderspruch der Energiepolitik während des Wirtschaftskrieges - den Gasverbrauch generell reduzieren, ohne die Wirtschaft in eine Rezession und das Land in Armut zu treiben - vermitteln. Hohe Gaspreise sind zum einen ein gewolltes Regulativ für die Senkung des Verbrauches, gleichzeitig aber auch eine Gefahr für den Standort.

Beispielhaft steht hierfür die Gaspreisbremse: Zunächst muss zur Gaspreisbremse gesagt werden, dass diese gar keine Preisbremse darstellt, sondern eine staatliche Übernahme der Teuerung der Marktpreise um die Profitrate der Kapitalisten zu halten. Deutschland stellte sich auf europäischer Ebene auch gegen jeden Versuch die Preise wirklich zu kontrollieren und festzulegen. Diese wird von Ländern mit einer deutlich geringeren Finanzmacht gefordert. Die Rentabilität des Energiebestandteils des konstanten Kapitals wird nun vom Staat garantiert und nicht mehr dem "freien Wirken der Marktkräfte" überlassen.

Auch für die Energieimporteure übernimmt der Staat die Verluste durch die Gaspreisanpassungsverordnung. Während Wirtschaftsminister Habeck zunächst im Sinne der patriotischen Gerechtigkeit die Verluste der Versorgungsunternehmen auf die Endverbraucher_innen umlegen wollte, wurde dieses Konzept inzwischen ad acta gelegt - anders als viele Linke glauben jedoch nicht wegen der "Ungerechtigkeit", sondern weil die Energiekapitalisten selbst sich ein daran anschließendes Moratorium für Arme, welche ihre Rechnungen

aufschieben hätten können, nicht leisten wollten - Rechtssicherheit muss sein. Nun subventioniert also der Staat bis zu einem bestimmten Zeitpunkt in Teilen die Kaufkraftverluste der Endverbraucher_innen. Die Subventionierung für den Standort wurde mit dem Industriestrompreis weitergeführt. Die Hilfe für Haushalte lief Ende 2023 aus. Eine staatlich durchgesetzte Massenverarmung in Raten: Verarmung ohne Schock! Dasselbe Funktion hatte auch das auf drei Monate beschränkte 9€-Ticket. Durch die spekulative Erhöhung des Ölpreises durch die Ölmonopole lange vor dem Ölembargo gegen Russland kam es zu einer massiven Verteuerung der automobilen Mobilität. Das Ticket war von Beginn an als Testlauf für Möglichkeiten der Transformation der gesellschaftlichen Mobilität im Rahmen einer Transformation des nationalen Standorts allgemein gedacht. Die gesteigerte Mobilität von Arbeitskräften sollte von Beginn an nicht durch die Anwesenheit des Pöbels belästigt werden, was die Nachfolge als 49€-Ticket hinreichend erklärt. Obwohl das 9€-Ticket eine spürbare Entlastung für die Massen darstellte war es jedoch nicht als Geschenk der Regierung an die Bevölkerung gedacht. Dies lässt sich an den Äußerungen des Finanzministers Christian Lindner ablesen, der sich in der Debatte um eine Verlängerung gegen die "Gratis - Mentalität" ausspricht.

Nachdem der Krisenmodus immer mehr zum neuen Normalzustand geworden ist, konzentrieren sich die Staatsausgaben auf das Ölen der kapitalistischen Maschinerie. Mit dem im März 2024 verabschiedeten »Wachstumschancengesetz« erhalten Unternehmen noch einmal 3,2 Milliarden Euro Steuererleichterungen. An anderen Stellen wurde im Bundeshaushalt 2023 stark gekürzt. Unter anderem wurde das »Klimageld«, das die sogenannte Energiewende sozial abfedern sollte, auf unbestimmte Zeit verschoben.

Das Sinken des Reallohns – Die andere Seite des Klassenkampfes von Oben

Wenn sich die Verteilung des Nationaleinkommens in die verschiedenen Einkommen der Klassen der Ausbeuter und der Werktätigen aufspaltet, so ist es notwendig, nicht nur über die Umverteilung dieser Einkommen durch den Staat zu sprechen, sondern auch über die Höhe der Lohnkosten selbst. Der Reallohn ist der in Existenzmitteln ausgedrückte Lohn; er gibt an, wie viele und welche Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs der Arbeiter für seinen in Geld ausgedrückten Lohn kaufen kann. Bei der Ermittlung des Reallohns des Arbeitnehmers ist u. a. der Nominallohn zu berücksichtigen. Der Nominallohn ist der in Geld angegebene Arbeitslohn.

Es ist der Geldbetrag, den der Arbeiter für die Arbeitskraft erhält, die er an den Kapitalisten verkauft. Der Nominallohn ist das Ergebnis der von den Sozialpartnern institutionalisierten Tarifkämpfe, oder Resultat vertraglicher Absprachen. Die Stärke des deutschen Standortes in der Weltmarktkonkurrenz beruhte neben des günstigen Energiebestandteil des konstanten Kapitals auch auf der Seite des variablen Kapitals. In den letzten Jahren sind die Reallöhne dramatisch gesunken. Die staatlichen Abfederungsmaßnahmen zielten deshalb vor allem darauf ab, die Teuerung nicht durch Lohnerhöhungen auszugleichen. Einmalzahlungen statt Lohnerhöhungen lautete die Devise.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die deutschen Krisenabfederungsmaßnahmen darin bestehen durch staatliche Subvention den Standort Deutschland "konkurrenzfähig" zu halten. Der vorgeschobene Grund einen wirklichen Inflationsausgleich zu verhindern ist der Mythos der Lohn - Preis - Spirale.

Die schlichte Botschaft der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre, die von Kapital und Staat begierig aufgenommen wird besagt, dass Lohnanpassungen zu einer Spirale führen würden und schließlich die Inflation noch weiter befeuern: Die Unternehmen reagieren auf hohe Lohnabschlüsse mit höheren Preisen und die Gewerkschaften auf höhere Preise mit höheren Lohnabschlüssen - und so weiter, und so

fort. Dieses Narrativ bedienen über alle internen Streitigkeiten hinweg alle Flügel der VWL und so rufen neben Olaf Scholz und der Arbeitgeberverband auch keynsianische Ökonomen wie Heiner Flassbeck oder Vertreter innen der Modern Monetary Theorie wie Maurice Höfgen, welche in Deutschland einen linken Ruf haben, die Arbeiter_innenklasse zur Zurückhaltung auf. Dass hohe Löhne kein Grund zur Inflation waren bestreitet niemand. Vor höheren Löhnen warnen jedoch alle. Darauf, dass die Lohn - Preis - Spirale empirisch widerlegt ist, weisen vor allem die Gewerkschaften hin und propagieren, dass von höheren Tarifabschlüssen keine Gefahr für den Standort ausgeht. Eine Kritik an der Funktion dieses Mythos ist dies jedoch auch nicht, da eine Interessenseinheit zwischen Kapital und Arbeit behauptet wird. Nach der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre ist diese Theorie jedoch konsequent: Wer sich gegenüber der Marx'schen Einsicht verwehrt, dass mit dem Lohn nicht der Preis der Arbeit sondern der Wert der Arbeitskraft entgolten wird, muss folgerichtig behaupten, dass ein höherer Preis der Arbeit als ein Faktor des Warenpreises, diesen automatisch steigen lässt.

Mit Marx jedoch kann auch der eigentliche Witz an der Lohn - Preis - Spirale begriffen werden. Ein gestiegener Lohn tangiert nicht den Wert der Ware sondern nur die Differenz zwischen dem produzierten Wert und dem Wert der Arbeitskraft.

Was also steigt ist der Anteil der bezahlten Arbeit gegenüber der unbezahlten - weshalb die Mehrwertrate fällt und somit auch der Profit. Preiserhöhungen sind nun ein mögliches Mittel der Kapitalseite die Profitrate zu verteidigen. Der Mythos Lohn - Preis - Spirale entlarvt sich also als Drohung der Kapitalisten die Preise zu erhöhen, wenn die Löhne steigen. Diese Drohung machte sich auch die Bundesregierung zu Eigen: Neben den rentablen Gaspreisen soll nicht auch noch die zweite Stütze des deutschen Exportmodells wegbrechen - die Lohnzurückhaltung der Beschäftigten. Die Teuerung soll also am Dienst für den Standort von den Beschäftigten als Verarmung geschluckt werden.

Auch wenn die politische Klasse weiß, dass die Löhne nicht die Treiber der Preiserhöhungen sind, sah Kanzler Scholz seinen Auftrag darin eine alte deutsche Tradition wieder aufleben zu lassen.

Er brachte die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände an seinen Tisch. Der Auftrag an die Gewerkschaften war dabei klar: Zurückhaltung in den Tarifauf-einandersetzungen. Keine Gewerkschaft sollte auf die Idee kommen, die Kaufkraftverluste der Arbeiter_innenklasse durch Reallohnsicherung zu kompensieren.

Stattdessen sollten sich diese in den Dienst der bedrohten Konjunktur und der Inflationsbekämpfung stellen und sich mit Einmalzahlungen zufrieden geben: Scholz nennt die Tarifabschlüsse in der Chemieindustrie als Vorbild: spürbare Einmalzahlungen anstelle großer Tarifanhebungen. Unternehmen sollen so nicht dauerhaft mehrbelastet werden und die Inflation zusätzlich befeuert werden - in der Annahme, dass hinter dem bisherigen Geldwertverfall vorübergehende Effekte stecken. Die IG BCE hat also in der letzten Tarifrunde vorbildlich und konstruktiv im Sinne des Allgemeinwohls - also im Sinne von Staat und Kapital - gehandelt. Statt über Arbeitskämpfe soll also der Staat den Reallohn- und Kaufkraftverlust kompensieren. Auch die IG Metall will sich den Vorwurf des Klassenkampfes nicht gefallen lassen:

In der Tarifrunde 2022 fordert die IG Metall 8 Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit von einem Jahr, während die Inflation auf 10,4 Prozent gestiegen ist. Rund vier Millionen Löhne und Gehälter waren von dem Tarifkonflikt betroffen. Die Einigung auf 5,2 Prozent mehr Geld ab Juni 2023 (weitere 3,3 Prozent ab Mai 2024) bei einer Laufzeit von 24 Monaten und zwei Einmalzahlungen von je 1.500 Euro bedeutet für die Beschäftigten zwar keine drastischen Lohneinbußen, bleibt aber weit unter einem Inflationsausgleich. Zudem werden die Erhöhungen und Prämien häppchenweise und erst spät ausgezahlt. Die Unternehmen konnten planen, die Beschäftigten nicht. Das Inflationsrisiko blieb ihnen überlassen. Die Laufzeit der Tarifverträge bedeutet auch, dass so lange Friedenspflichten vereinbart werden. Schon die Forderung von acht Prozent war bei vielen Kolleg_innen als zu niedrig in der Kritik gewesen. In vielen

Betrieben waren bereits im Mai und Juni 2022 höhere Forderungen aufgestellt worden. Bei einer Inflation von inzwischen über zehn Prozent hätte schon die Durchsetzung der acht Prozent auf die Tabelle bei einer Laufzeit von zwölf Monaten einen Reallohnverlust bedeutet.

Während die Stimmung in den Betrieben nach jahrelanger Lohnzurückhaltung bei gleichzeitigen Lebenserhaltungskosten wütend ist und die Unternehmen in fast allen Branchen händeringend Arbeitskräfte suchen - die Voraussetzungen für Arbeitskämpfe also gut sind -, trägt die Gewerkschaftsführung im Sinne des Allgemeinwohls des Kapitals die Konzertierte Aktion mit in die Tarifauseinandersetzungen, nehmen Reallohnverluste hin und zeigen damit, wie sehr sie selbst niedrige Löhne als Krisenlösung des Kapitals akzeptiert haben.

Gleichzeitig engagierten sich die DGB - Gewerkschaften natürlich politisch für staatliche Entlastungen. Der Staat soll schließlich auch seines tun um den geforderten patriotischen Pakt der Konzertierten Aktion, an welchen sich die Gewerkschaften halten, auch zu rechtfertigen. Einmalzahlungen und staatlichen Subventionen sind teilweise wieder Geschichte.

Die Tarifrunde Eisen und Stahl 2023 schlug in die gleiche Kerbe: Die Stahlkocher erhalten im Januar 2024 einen Inflationsausgleich in Höhe von 1500 Euro, Auszubildende nur 1000 Euro. Weitere 1500 Euro, für Auszubildende nur 800 Euro, sollen in Raten bis Ende 2024 ausgezahlt werden. Billiger kann man die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht abspesen, zumal viele Betriebe bereits Teile der Inflationsprämie ausgezahlt haben. Für sie gilt: Beträge über 3000 Euro werden brutto ausgezahlt.

Fast verschämt wird das Ergebnis kommuniziert: Ab 1. Januar 2025 steigen die Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 5,5 Prozent. Das heißt, 2024 gibt es keine Lohnerhöhung, an der Tabelle ändert sich nichts. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 22 Monaten bis zum 30. September 2025.

Die Mobilisierungen der IG Metall in der Tarifrunde wie auch die politischen Demonstrationen zur Zukunft der Stahlindustrie zeigen, dass die Belegschaften mobilisierbar und kampffähig sind.

Die Frage wird sein, ob die Arbeiterklasse als eigenständiger Akteur die Bühne des Klassenkampfes betritt. Das Kapital führt den Klassenkampf von oben an mehreren Fronten. Es ist an der Zeit bewusst zurückzuschlagen. Eine politische Linke, die ausschließlich Verteilungsfragen stellt und den bürgerlichen Staat als neutralen Ort der Auseinandersetzung beschönigt, ist Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Ebenso Gewerkschaften, die auf sozialpartnerschaftlicher Basis den Klassenkampf als Tarifkampf entschärft in bürgerliche Herrschaft integrieren.

Die Klimafrage ist eine Lebensfrage der Werktätigen: Sozialismus ist die Antwort!

Die Klimakatastrophe und die Umweltzerstörung sind zentrale Fragen für die Werktätigen aller Länder. Seit fast 50 Jahren ist die Frage der Umweltzerstörung Teil der Debatte in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Die Vergiftung der Böden, der Meere und Flüsse, die Verschmutzung der Luft, die Abholzung der Wälder. All dies sind seit Jahrhunderten Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise. Seit einigen Jahrzehnten ist bekannt, dass diese einen qualitativen Sprung machen wird, hinter den es kein Zurück mehr gibt. Es ist aber eine Lüge zu behaupten, dass die Folgen des Klimawandels wie der Umweltzerstörung uns alle gleichermaßen betreffen. Um es plastisch auszudrücken: Der Kapitalismus ist eine Klassen- gesellschaft, in der die einen die Bunker bauen, mit denen sich die anderen vor den Katastrophen zu schützen versuchen. Die krisenhafte Entwicklung und die Widersprüche des Kapitalismus selbst durchkreuzen die zarten Ansätze einer kapitalistischen Kooperation, die aus Gründen der langfristigen Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutungsordnung die Klimakatastrophe eindämmt.

Seit mehr als 50 Jahren erzählen uns die Kapitalisten, dass wir alle in einem Boot sitzen" und predigen Verzicht. Dass der ökologische Fußabdruck ein Propagandatrick des Ölkonzerns BP ist, ist inzwischen auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Längst ist klar, wer für den CO2-Ausstoß verantwortlich ist: Reiche und Superreiche verursachen durch ihren privilegierten Konsum einen CO2-Ausstoß, von dem die Mehrheit der Bevölkerung nicht einmal träumen kann.

Laut Oxfam verursacht das reichste

Prozent der Weltbevölkerung genauso viele klimaschädliche Treibhausgase wie die 5 Milliarden Menschen, die das untere Drittel ausmachen.

Für manche Linke ist damit die Diskussion beendet, obwohl sie gerade erst beginnen müsste: Als Kommunist_innen predigen wir nicht Verzicht und Armut. Ziel unserer ganzen Praxis ist der Aufbau einer Gesellschaft, die auf kollektivem Reichtum beruht. Deshalb darf bei aller notwendigen Betonung dessen, wessen Konsum ein wesentlicher Treiber der Klimakatastrophe ist, nicht verschwiegen werden, wie eine industrielle - auch sozialistische - Großproduktion trotz verengter Spielräume durch erreichte Kippunkte und irreversible Schäden zu kollektivem und globalem Reichtum führen kann. Dies erfordert auch eine Auseinandersetzung mit den Potenzialen, Herausforderungen und Problemen der heutigen Industrie - auch im Saarland:

Die Arbeiter_innenklasse muss mit dem Individualverkehr und dem Auto brechen! Her mit dem Ausbau des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene!

Unsere Straßen sind verstopft, die Luft ist verpestet, die Umwelt leidet unter den Emissionen des Individualverkehrs. Während sich die Reichen in ihren Luxusautos fortbewegen und die Umweltzerstörung ignorieren, tragen wir, die arbeitenden Massen auf der ganzen Welt, die schwerwiegenden Folgen dieses Raubbaus. Es ist an der Zeit, den Kapitalisten das Handwerk zu legen und eine Verkehrswende einzuleiten, die die

Bedürfnisse der Menschen und die Gesundheit unseres Planeten in den Mittelpunkt stellt! Nachhaltige Mobilität ist nicht nur eine ökologische Frage der sozialen Verteilung von Chancen.

E-Mobilität wird oft als Lösung unserer Verkehrs- und Umweltprobleme angepriesen, obwohl für die Herstellung von Elektroautos nach wie vor umweltschädliche Rohstoffe benötigt werden, die oft unter menschenunwürdigen Bedingungen im globalen Süden abgebaut werden. Die Umwelt- und Gesundheitsschäden sind heute vor allem im globalen Süden zu beobachten, während die Profite in die imperialistischen Zentren fließen. Zudem wird die E-Mobilität Arbeitsplätze kosten, ohne eine wirkliche Lösung für die sozialen und ökologischen Probleme zu bieten. Die Arbeitskraft, die in der Automobilindustrie verbleibt, wird verschwendet.

Die kapitalistische Fetischisierung der Automobilproduktion macht den Menschen zu einem Anhängsel eines Produktes, das die Umwelt zerstört und die Intelligenz und Arbeitskraft der Arbeiter_innen vernichtet. Ein Produkt, das als Fehlentwicklung betrachtet werden muss und aus der Welt geschafft werden sollte. Die Antwort liegt daher nicht in der Förderung der E-Mobilität, sondern im massiven Ausbau des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene.

Wir müssen weg vom Individualverkehr und weg vom Auto. Das Auto zerstört öffentlichen Raum - auch das e-Auto -, zerstört Grünflächen und Parks. Das Auto vernichtet aber auch Menschenleben: Die Jeder-gegen-Jeden-Mentalität, die ihre Grundlage in der kapitalistischen Konkurrenz hat, drückt sich auch im Verkehr aus - jeden Tag sterben auf deutschen Straßen fast acht Menschen, täglich kommen rund 1.000 Verletzte hinzu. Im Vergleich zu einem Flugzeugabsturz oder einem Zugunglück ist die Betroffenheit in Deutschland jedoch fast gleich null. Es gibt auch kaum politische Maßnahmen dagegen (Stichwort: Tempolimit). Niemand traut sich, die Interessen des deutschen Autokapitals und die herrschende „Auto“-Ideologie anzugreifen. Diese ist auch in der Mehrheit der Bevölkerung

tief verankert. Dabei spielen mehrere Aspekte eine Rolle: Viele Menschen sind im Kapitalismus auf das Auto angewiesen, um in angemessener Zeit (die selbstredend nicht bezahlt wird) am Arbeitsplatz zu sein. Die Popularität des Autos speist sich aber auch aus der Illusion einer vermeintlichen Unabhängigkeit für die breite Masse der Werktätigen („Freie Fahrt für freie Bürger“). Für diese vermeintliche Freiheit wird entbehr, gespart und das schließlich erworbene Auto entsprechend gepflegt und geliebt.

Gegen die individual-kapitalistische „Auto-Ideologie“ muss bewusst gemacht werden, dass der Weg zum Sozialismus auch mit einem planmäßigen Umbau der gesamten Infrastruktur einhergeht. „Transformation“ muss aus dem Rahmen einer Konversion von Industriebetrieben unter dem Diktat des Kapitals herausgerissen werden, hin zu einem planvollen Umbau der Produktion nach dem sozial und ökologisch Sinnvollen und Notwendigen. Wenn die Produktionsanlagen bei Ford und den ehemaligen Zulieferbetrieben zukünftig für die Produktion von Teilen für die Energiewende genutzt werden, können nicht nur Arbeitsplätze gesichert, sondern die Produktion durch qualitatives Wachstum ausgebaut werden. Wenn eine Abkehr vom überkommenen Mobilitätskonzept des Individualverkehrs gegen die Interessen des Automobilkapitals durchgesetzt wird, muss der öffentliche Personen- und Güterverkehr verstärkt auf die Schiene verlagert werden, wodurch neue Industriearbeitsplätze entstehen können. Solche Strukturwandelpotenziale lassen sich jedoch nur über kollektives Handeln sowie den Einbezug der vorhandenen Technologie- und Produktionskompetenzen der saarländischen Industriearbeiter_innen erschließen.

Für die Schaffung einer Infrastruktur, die im kollektiven Interesse der Arbeitnehmer_innen liegt und von ihnen aufgebaut wird! Für den Bau von Straßenbahnen, Regionalbahnen, Elektrobussen und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln. Für eine Mobilität, die für alle zugänglich ist und die Umweltzerstörung reduziert.

Die Arbeiter_innenklasse muss begreifen, dass mit dem Auto keine Zukunft zu gewinnen ist. Das Auto ist ein reaktionäres Produkt, das auf den Müllhaufen der Geschichte gehört!



Her mit der Wasserstoffproduktion und den Elektrolyseanlagen!

Der Großteil des weltweiten Energiebedarfs wird derzeit durch die Ausbeutung fossiler Brennstoffe gedeckt, während die Erde unter der Last der Treibhausgasemissionen buchstäblich zusammenbricht. Fossile Brennstoffe sind das Schmiermittel der kapitalistischen Produktion - ihr Antrieb. Wasserstoff als alternativer Energieträger gilt als Schlüssel für eine nachhaltige Produktion.

Die Stahlindustrie ist für fast ein Drittel der CO₂-Emissionen der deutschen Industrie verantwortlich. Neben der Anwendung im Stahlsektor könnte Wasserstoff zukünftig eine zunehmende Rolle in industriellen Produktionsketten spielen und neue Geschäftsfelder (z.B. Aufbau einer Pipelineinfrastruktur, H₂SYNGas, etc.) für Zulieferunternehmen bieten, da verschiedenste Komponenten und Technologien benötigt werden. Ein weiteres Zeichen für den besonders reaktionären Charakter vor allem des deutschen Automobilkapitals ist dabei, dass es den Ausbau der

Wasserstoffproduktion für uninteressant hält, weil damit zwar der LKW- (also Güter-) und Busverkehr betrieben werden könnte, nicht aber der individuelle PKW-Verkehr.

Die Leitindustrie des deutschen Imperialismus verweigert also neuen Antriebsformen ihre Unterstützung. Ein weiteres Beispiel dafür, wie der Kapitalismus verrotet und die weitere Entwicklung der Menschheit behindert.

Im Saarland steht daher die Diskussion um „grünen“ Stahl im Fokus. Ohne Wasserstoff kann die Dekarbonisierung der Stahlerzeugung im Hochofenprozess nicht gelingen. Bisher wird Wasserstoff fast ausschließlich aus Erdgas hergestellt, was mit sehr hohen CO₂-Emissionen verbunden ist. Alternativ könnte Wasserstoff in Elektrolyseanlagen aus Wasser mit regenerativem Strom hergestellt werden. Das ist der so genannte grüne Wasserstoff. Ein großes Problem dabei: Die elektrolytische Herstellung aus Wasser ist mit hohen Energieumwandlungsverlusten verbunden.

Wollten die Stahlproduzenten selbst Elektrolyseure zur Wasserstoffherzeugung betreiben, müssten sie nachweisen, inwieweit der verwendete Strom tatsächlich „grün“ ist. Dies würde unter anderem voraussetzen, dass sowohl die Elektrolyseure als auch der „grüne“ Strom am Standort selbst erzeugt werden.

Die großen Fragen lauten also: Wie viel grüner Wasserstoff wird benötigt und woher kommt er? Der weitaus größte Teil des zu erwartenden Wasserstoffbedarfs im Saarland entfällt auf die Stahlproduktion. Die Stahl-Holding-Saar (SHS) gibt an, dass bis spätestens 2045 die gesamte Stahlproduktion von 4,9 Millionen Tonnen auf Direktreduktion und Elektrolichtbogenöfen umgestellt werden soll, wofür jährlich 150.000 Tonnen Wasserstoff benötigt werden. Die IG Metall schätzt den Wasserstoffbedarf für Stahl in Deutschland bei klimaneutraler Produktion auf 1,8 Millionen Tonnen pro Jahr und weist darauf hin, dass dafür etwa 12.000 neue Windkraftanlagen benötigt würden. Heruntergebrochen auf die saarländische Stahlindustrie bedeutet dies einen Bedarf von 270.000 Tonnen pro Jahr und die

Stromerzeugung von 1.800 Windkraftanlagen. Derzeit gibt es im Saarland ca. 220 Windkraftanlagen; am Standort Fenne im Saarland ist ein Elektrolyseur fest geplant, der aber nur einen kleinen Teil des Wasserstoffbedarfs der Stahlproduktion decken kann.

Das Kapital ist den gewaltigen Aufgaben der modernen, hochentwickelten Technik, die auch eine naturverträglichere Produktion gewährleisten könnte, nicht gewachsen. Die Kapitalisten sind nicht in der Lage, die Möglichkeiten der modernen Wissenschaft und Technik für eine naturverträglichere Produktion zu nutzen. Insbesondere die Frage nach der Herkunft bzw. Herstellung von grünem Wasserstoff bleibt von Industriekapital und bürgerlicher Politik weitgehend unbeantwortet - langfristige Investitionen in den Standort selbst stehen kurzfristigen Profitinteressen unversöhnlich gegenüber.

Die Hilflosigkeit, dennoch „grünen“ Wasserstoff verfügbar zu machen, drückt sich in sogenannten Kooperationsabkommen zum Import von Wasserstoff aus, etwa mit den Regierungen der Golfstaaten, Marokkos oder Namibias. Abgesehen davon, dass es schlicht an allen wesentlichen infrastrukturellen Voraussetzungen für den Import von Wasserstoff hinsichtlich Transport und Verteilung fehlt - beispielsweise wären spezielle Kühlschiffe notwendig, die eine Temperatur von minus 253 Grad halten können -, wird hier die neokoloniale Praxis deutscher Industriepolitik deutlich. Zum einen ist der Transport extrem ineffizient, zum anderen müsste die Wasserstoffproduktion in den genannten Ländern aus erneuerbaren Energien erfolgen (was nahezu unmöglich ist) - der importierte Wasserstoff kann dann kaum als klimaneutral oder „grün“ bezeichnet werden. Ein weiteres Beispiel für neokoloniales Greenwashing!

Der für die saarländische Stahlindustrie importierte Wasserstoff, der für die „grüne“ Stahlproduktion verwendet wird, verlagert die Umweltschäden in die imperialistische Peripherie. Zudem werden in diesen Ländern im Interesse der imperialistischen Staaten nur solche Produktionszweige aufgebaut, die der Versorgung mit Wasserstoff (und anderen für den „grünen“ Kapitalismus

notwendigen Rohstoffen) dienen. Dadurch erhält die Wirtschaft dieser Länder eine extrem einseitige - imperialistischen Charakter.

Schon Marx beschrieb eine internationale Arbeitsteilung: "Es wird eine neue internationale Teilung der Arbeit geschaffen, die den Hauptsitzen der Maschinerie entspricht, und einen Teil des Erdballs in ein vorzugsweise agrikulturelles, den anderen in ein vorzugsweise industrielles Produktionsfeld verwandelt." Mit "agrikol" ist hier nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Rohstoffproduktion gemeint.

Der Imperialismus macht diese Länder zu Rohstofflieferanten und abhängigen Anhängseln der großen Industrienationen. Diese Ausplünderung der abhängigen Länder ist eine der Hauptquellen für die Maximalprofite der Monopole und verhindert zudem die eigenständige industrielle Entwicklung großer Teile der Welt und damit auch deren Möglichkeit, Energie auf nachhaltiger Basis zu produzieren. Auch im Sinne des proletarischen Internationalismus ist der Aufbau einer eigenen Wasserstoffproduktion notwendig.

Klimaschutz in Arbeiter_innenhand!

Die Situation in der saarländischen Industrie, sei es in der Stahlproduktion oder in anderen Branchen, zeigt deutlich die Auswirkungen des kapitalistischen Raubbaus auf die Umwelt und die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Lebensfragen der arbeitenden Menschen zu lösen. Währenddessen bleiben die Forderungen nach einem wirklichen ökologischen Umbau unbeantwortet, weil das Kapital weiterhin an Scheinlösungen festhält und die staatlichen Maßnahmen auf einen „grünen“ Kapitalismus setzen, der das eigentliche Problem nicht angeht.

Die Ausbeutung der Natur (und des Menschen) gehört zum Wesen des Kapitalismus. Oder wie Karl Marx sagte: "Die kapitalistische Produktion untergräbt die Quellen allen Reichtums: die Erde und die Arbeiter." Es ist daher an der Zeit, dass die Arbeiter_innenklasse die Kontrolle übernimmt und einen wirklichen Wandel herbeiführt.

An dieser Stelle muss betont werden, dass die vorherrschenden Ideen in den linken Teilen der Klimabewegung kaum dazu beitragen können. Es muss eine klare Abgrenzung zur grünen Ideologie geben. Klar ist, dass der Mensch nicht als Eroberer der Natur auftreten darf. Ebenso klar muss aber auch sein, dass die der grünen Ideologie zugrundeliegende Vorstellung, die Natur "an sich" sei schützenswert, eine zutiefst reaktionäre Vorstellung ist, die häufig mit Ressentiments gegen Industrie und technischen Fortschritt, aber auch gegen die "urbane Zivilisation" - kurz: gegen die Moderne - einhergeht.

Der unwissenschaftliche Glaube an ein vermeintliches Gleichgewicht der Natur zeigt sich unter anderem in der reaktionären Forderung nach "intakten Ökosystemen". Mit ihrer Aneignung wird die Natur selbst Teil des gesellschaftlichen Produktivkraftsystems und muss daher auch gesellschaftlich reproduziert werden. Es geht also nicht um die Anpassung der Produktionsprozesse an ein vermeintliches natürliches Gleichgewicht, sondern um die produktive (Re-)Produktion natürlicher Produktionsbedingungen als Teil menschlicher Produktivkraftentwicklung. Die systembedingte Rückständigkeit der Ressourcenbewirtschaftungstechnologien spricht hier für sich. Die Regeneration der natürlichen Produktionsbedingungen wäre Teil der produktiven menschlichen Tätigkeit. Teil von qualitativem Wachstum.

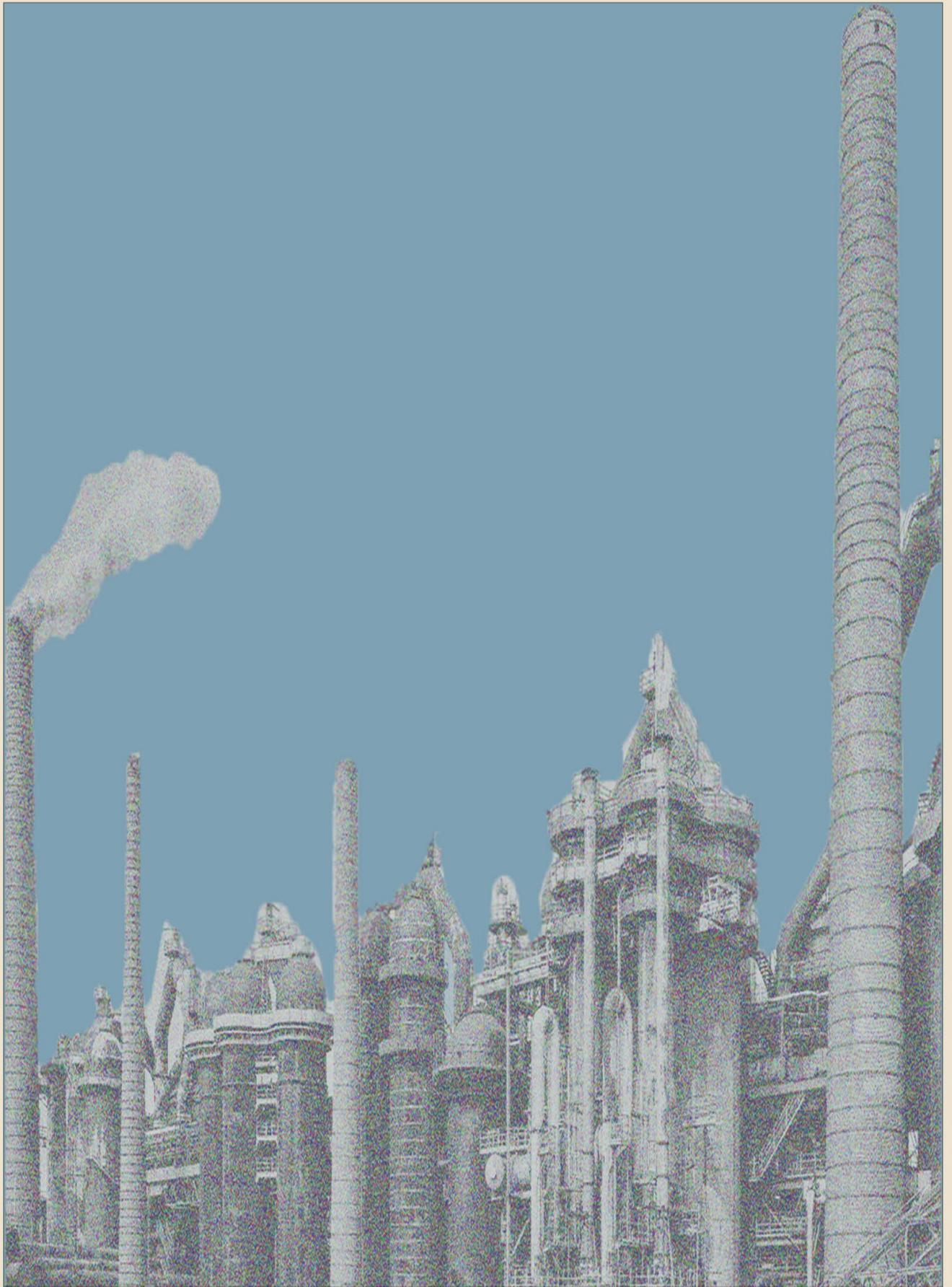
Das Problem ist, dass es im Kapitalismus keinen Anreiz gibt, gesellschaftlich nützliche Technologien und Produktionsverfahren oder Regenerationsprozesse zu entwickeln, wenn diese nicht profitabel sind. Umgekehrt liegen in den Zentralen des Monopolkapitals unzählige Patente, deren Freigabe eine global vernetzte Forschung und Entwicklung ermöglichen würden.

Die im Kapitalismus richtige Vorsicht gegenüber der pseudoliberalen Wissenschaftsgläubigkeit in der Klimafrage wird zur Lüge, wenn man das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Aneignung von Wissenschaft

und Forschung dem Monopolkapital nicht aus den Händen reißen will. Auch hier zeigt sich der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung im Kapitalismus. Die Klimafrage kann nicht ohne die Eigentumsfrage diskutiert werden.

Gegen kleinbürgerliche Vorstellungen von Community Gardening und Degrowth ist die Perspektive einer klimaneutralen industriellen Großproduktion zu setzen, die die Entwicklung, Produktion und Regeneration der natürlichen Produktionsbedingungen, der Rohstoffe, der Technik, der Produkte nach den kollektiven Bedürfnissen der Werktätigen organisiert (wo immer dies möglich ist, also im Interesse der Werktätigen). Wer wäre dazu besser geeignet als die internationale Klasse, die diese Fabriken betreibt, die über tiefes konkretes Wissen und über Produktionsmacht verfügt: kurz, das Proletariat.





ConnAct Saar
kommunistisch feministisch antifaschistisch